

Pressespiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **22.03.2021 / KW 11**

„Standard“, 22.03.2021

Pechsträhne der Online-Kasinos

Auf Anbieter von Internetglücksspiel aus der EU rollt eine Klagewelle zu, da sie in Österreich und Teilen Deutschlands das Geschäft ohne rechtliche Grundlage betreiben. Erste Urteile ergingen zugunsten der Spieler, die ihre zuweilen immens hohen Verluste zurückerkhalten.

Alexander Hahn

Ob Mr. Green oder Wunderino – in der TV-Werbung sind Anbieter von Online-Kasinos mit auffallenden Spots präsent. Denn auch die Glücksspielbranche hat sich in der Corona-Krise weitgehend ins Internet verlagert. Was die Anbieter, die ihren Sitz in Malta oder Gibraltar haben, nicht dazu sagen: Ihr Angebot ist in Österreich und weiten Teilen Deutschlands ohne Lizenz nicht legal. Spieler können daher erlittene Verluste einklagen – wovon immer mehr Betroffene Gebrauch machen.

Angeboten wird dies etwa von dem Wiener Prozessfinanzierer Advofin, bei dem sich 1500 Online-Glücksspieler gemeldet haben. Der Streitwert beträgt derzeit etwa 35 Millionen Euro, wobei der Zulauf ungebrochen ist. „Pro Woche kommen in Österreich 20 bis 30 weitere hinzu“, sagt Geschäftsführer Gerhard Wüest. Seiner Ansicht nach ist dies nur die Spitze des Eisbergs, er geht davon aus, dass sich erst ein Bruchteil der tatsächlich Betroffenen bezüglich einer Klage gemeldet habe.

In der Schuldenspirale

Das legen auch die Daten nahe, die Christoph Lösch vorliegen. Er ist Geschäftsführer der Schuldnerberatung Steiermark mit einem speziellen Beratungsangebot für in finanzielle Nöte geratene Spieler – und davon gibt es reichlich. „Es ist eine Sucht“, sagt Lösch, „und diese Leute haben ganz besondere Probleme, weil Geld das Suchtmittel ist.“ Er geht davon aus, dass etwa ein Prozent der Bevölkerung „pathologische Glücksspieler“ sind. Diese geraten oft in eine Schuldenspirale, sodass deren Anteil an überschuldeten Privatpersonen etwa fünf Prozent beträgt.

„Diese Leute stehen unter ganz besonderem Druck“, erklärt Lösch. Er berichtet von Betroffenen, die sich Geld ausborgen würden, um damit in der Hoffnung zu spielen, dann die Miete zahlen zu können. „Sie sind sehr geschickt und haben gute Strategien, wie sie irgendwie an Geld kommen können“, erklärt der Schuldnerberater. Womit die finanziellen Probleme aber weiter zunehmen. „Es sind oft sehr, sehr hohe Schulden“, sagt Lösch, „bei



Bei dem Prozessfinanzierer Advofin meldeten sich in Österreich etwa 1500 Spieler mit Verlusten von 35 Millionen Euro – was wohl nur die Spitze des Eisbergs darstellt.

den Spitzenwerten kann es in die Hunderttausende gehen.“

Advofin-Chef Wüest berichtet, dass viele Betroffene in der Corona-Krise ihre Spieleinsätze sogar erhöht hätten, geschätzt um etwa 30 Prozent. Bisher seien mehr als zwei verspielte Millionen Euro der Spitzenwert unter seinen Mandanten. „Es hat keine Logik“, sagt Wüest, „es ist eine Sucht.“

Die rechtliche Lage ist für ihn klar: Die Online-Anbieter würden sich zwar hinter der EU-Dienstleistungsfreiheit verschanzen, die bisherige Judikatur sei aber zu anderen Erkenntnissen gekommen. Dem Europäischen Gerichtshof zufolge können nationale Glücksspielgesetze die Dienstleistungsfreiheit einschränken, wenn sie zum Spielerschutz beitragen – was laut dem Obersten Gerichtshof in Österreich gegeben ist. Die Folge ist ein Glücksspielmonopol, bei dem die Casinos Austria mit der Plattform Winzday über die einzige Online-Lizenz verfügen.

Blockieren von Anbietern

Etwa 40 Verfahren konnte Advofin bisher abschließen. Die Kasinobetreiber mussten insgesamt etwa 1,5 Millionen Euro an Spieler zurückzahlen. Zuletzt konnte Advofin auch das erste Urteil in Deutschland zugunsten eines Spielers erwirken, der 12.000 Euro an verlorenen Einsätzen erhalten soll. Dort ist in fast allen Bundesländern Online-Glücksspiel grundsätzlich nicht erlaubt, was die Anbieter bis zu einer Neuregelung im Sommer mit selbstauferlegten Spielerschutzregeln überdauern wollen – also bloß geringe Einsätze und nur alle fünf Sekunden ein neues Spiel. Dem Vernehmen nach sollen daraufhin viele Spieler zu Nicht-EU-Anbietern gewechselt haben. Dort seien aber auch erlittene Verluste kaum einzuklagen.

Diese Lücke soll in Österreich eine Novelle des Glücksspielgesetzes schließen. Darin ist etwa das Blocken der IP-Adressen lizenzloser Online-Anbieter vorgesehen. „Das halte ich für sehr effizient“, sagt Konsumentenschützerin Gabriele Zgubic von der Arbeiterkammer. „Das wird dem Spielerschutz sehr helfen, weil sich das meiste ins Netz verlagert.“

Foto: APA / AFP / Eric Barakat

„Kronen Zeitung“, 22.03.2021

Grüne kritisieren Auskunft von Mikl-Leitner

Novomatic im Visier: Wohin floss Geldregen?

**Grünen-Chefin Helga Krismer scheiterte mit einer
brisanten Anfrage zum Thema Novomatic. Sponsorver-
träge, Inserate und Kooperationen zwischen Glücks-
spielriese und Land sollten hinterfragt werden, Landes-
hauptfrau Johanna Mikl-Leitner blockte bei ausgelagerten
Firmen aber aus juristischen Gründen ab . . .**

Datenschutz! So lautet das Schlagwort, die ungebetene Anfrage schlitterte ins Leere. Während die Grünen zum Thema Novomatic für mehr Transparenz bei den umstrittenen Geschäftspraktiken sorgen wollten, zeigte sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zurückhaltend bei der Anfragebeantwortung: „Das Land Niederösterreich erhält von der Firma Novomatic keine Sponsoringgelder, Spenden oder Mittel für Inserate.“

Wie es in den zahlreichen vor- und ausgelagerten Firmen der Landesregierung aussieht, wolle man aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht beantworten.

Für Grünen-Chefin Krismer ein Skandal: „Da ist was faul in Niederösterreich. Aufklärung kann wohl nur eine umfassende Rechnungshofprüfung bringen“, betont die Politikerin. Das Ergebnis der möglichen Prüfung wird aber wohl auf sich warten lassen. Josef Poyer

wirtschaft

Spendentelefon

2019 stand Gernot Blümel mit einem deutschen Investor in Kontakt: wegen einer „Unterstützung“ für die ÖVP.

Es handelt sich offenbar um den ersten Fund auf dem Handy von Finanzminister Gernot Blümel, den die Ermittler in der Causa Casinos zu den Akten genommen haben. Und es geht – wie profil-Recherchen ergeben haben – um die Anbahnung einer potenziellen Parteispende für die ÖVP.

Laut einem Amtsvermerk der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) setzte Blümel am 16. Juni 2019 via iMessage folgende Nachricht ab: „Hat mich auch sehr gefreut! Und vielen Dank für die Unterstützung! Die genauen Daten schicke ich morgen durch. Hier mal meine persönliche Mail Adresse: ... LG Gernot“. Empfänger war ein gewisser Christian Angermayer, ein umtriebiger Investor, der auch in Zusammenhang mit dem untergegangenen DAX-Konzern Wirecard mediale Aufmerksamkeit erhielt.

Zum Zeitpunkt der Handy-Nachricht war die türkis-blaue Koalition, der Blümel als Kanzleramtsminister angehört hatte, Ibiza-bedingt bereits Geschichte. Die Übergangsregierung war im Amt, und die ÖVP bereitete sich – wie alle anderen Parteien – auf den sich abzeichnenden Wahlkampf vor. Für welche „Unterstützung“ bedankte sich Blümel in dieser Situation?

Dass Angermayer überhaupt den Drang verspürte, Blümel oder der ÖVP Gutes zu tun, ist einigermaßen überraschend. Der Finanzinvestor hat einen deutschen Reisepass, eine Adresse in London, und seine Firma Apeiron Investment Group Ltd. sitzt auf Malta. Die Berührungspunkte zur Volkspartei scheinen enden wollend.

Auf profil-Anfrage teilt Angermayer jedoch mit: „Ich kenne Herrn Blümel von verschiedenen politischen Events. Ich erachte die österreichische Politik von Sebastian Kurz und der ÖVP (ebenso wie die EU Politik) als Vorbild für konservativ-liberale Politik in Europa, und hatte daher aus eigener Initiative angeboten, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die ÖVP und ihre Arbeit zu unterstützen.“ Der Investor macht kein Hehl daraus, dass es dabei um Geld gehen sollte – wobei die Idee letztlich nicht umgesetzt worden sei: „Da sowohl Herr Blümel als auch ich sehr beschäftigt sind, gab es dann jedoch kein Follow



GERNOT BLÜMEL
Begehrter Ansprechpartner

Up und Herr Blümel hat sich nicht mehr gemeldet, so dass es zu keiner Spende kam.“

Da ist der ÖVP ein dicker Fisch durch die Lappen gegangen: Im unlängst im maltesischen Firmenbuch veröffentlichten Jahresbericht der Apeiron per 31. Dezember 2018 ist für 2018 und 2017 ein Jahresgewinn nach Steuern von rund elf beziehungsweise 41 Millionen Euro ausgewiesen. Die Firma schüttete in diesen beiden Jahren eine Dividende von jeweils rund 20 Millionen Euro aus.

Blümels Anwalt Werner Suppan hält auf Anfrage fest: „Als Politiker trifft mein Mandant bei den verschiedensten Veranstaltungen sehr viele Persönlichkeiten. Viele wollten im Jahr 2019 die

Neue Volkspartei unterstützen, damit der Kurs für Österreich fortgesetzt werden konnte.“ Es habe jedoch „keine Spende oder sonstige Zuwendung von Herrn Angermayer und auch keinen fortgesetzten Kontakt meines Mandanten“ gegeben.

Das könnte möglicherweise auch etwas mit der damaligen Gesamtdebatte zum Thema Parteienfinanzierung zu tun gehabt haben, bei der nicht zuletzt die ÖVP in der Kritik stand. Anfang Juli 2019 wurden deutliche Beschränkungen für Parteispenden eingeführt. Bald darauf verkündete die Volkspartei, für den Wahlkampf 2019 überhaupt keine Spenden von Privatpersonen oder Unternehmen annehmen zu wollen.

Die WKStA knüpft keinen strafrechtlichen Vorwurf an die Nachricht von Blümel an Angermayer. Die Ermittler scheinen sich eher für die E-Mail-Adresse zu interessieren, die Blümel als seine „persönliche“ angegeben hat – die aber dennoch einen ÖVP-Konnex aufweist. Was die benutzte Handynummer betrifft, so handelt es sich um dieselbe, über die Blümel Mitte 2017 mit dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann in Kontakt stand. Dieser wollte via Blümel „einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problems das wir in Italien haben! ...“ Diesbezüglich ermittelt die WKStA bekanntermaßen gegen Blümel und Neumann wegen Bestechungsverdachts. Alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe.

MEL, NIK

Teilnehmer	Service	#	Sender	Text	Zeitpunkt
Mag. Gernot Blümel				Hat mich auch sehr gefreut! Und vielen Dank für die Unterstützung! Die genauen Daten schicke ich morgen durch. Hier mal meine persönliche Mail Adresse:	
Angermayer Christian			Mag. Gernot Blümel		2019-06-16 17:17:10.397
	iMessage	3		LG Gernot	733

HANDY-NACHRICHT
Auf dem Mobiltelefon von Finanzminister Blümel fanden die Ermittler eine iMessage an den Investor Christian Angermayer. Blümel bedankte sich für dessen Unterstützung, eine Parteispende soll aber nicht zustande gekommen sein.

„Kurier“, 21.03.2021

„Nicht alles ist gleich ein Skandal!“

Nationalratspräsident. Wolfgang Sobotka ist für lebendige, aber gegen untergriffige Parlamentsdebatten. Der streitbare ÖVP-Politiker über das raue politische Klima, U-Ausschuss, BVT und Kritik an der Justiz

K Interview

VON MARTINA SALOMON

Der raubeinige Ex-Innenminister hat als Nationalratspräsident versucht, sich ein neues Image aufzubauen. Im KURIER-Gespräch betont er freimütig, emotional zu sein.

KURIER: Herr Präsident, Sie gelten als verbaler Haudegen. Stört Sie dennoch der raue Ton im Parlament?

Wolfgang Sobotka: Zwischen Emotionalität und Aggressivität ist ein schmaler Grat. Abgeordnete sind in der Ausübung ihres Mandats frei und letztendlich nur den Wählerinnen und Wählern verantwortlich. Daher sind die Möglichkeiten für den Nationalratspräsidenten sehr beschränkt. Ich kann nicht einmal auf das Maskentragen bestehen, das die Freiheitlichen nicht einhalten. Das betrachten sie offenbar als Alleinstellungsmerkmal.

Aber das Parlament ist doch ein öffentlicher Raum?

Eigentlich ja, aber ich habe keine Sanktionsmöglichkeit. Dass Abgeordnete ihr Mandat frei ausüben können müssen, sticht alles andere. Wir haben dennoch eine erträgliche Situation. Es gibt andere Parlamente

„Man ist kein Häferl, wenn man sich nach stundenlangen Untergriffen einmal klarer äußert“

...wo man sogar rauft.

Nicht alle sind so diszipliniert wie wir. Es muss jeder mit sich selbst ausmachen, was er noch verantworten kann. Ich bin selbst auch emotional, kämpfe immer wieder dagegen. Das Parlament braucht Lebendigkeit, aber sicher nicht den Untergriff.

Ist das Klima schlimmer als sonst?

Durch die Pandemie sind die Positionen konfrontativer geworden. Und weil man kaum noch mit anderen Themen in den Medien unterkommt, wird der Ton schriller.

Auch im Untersuchungsausschuss?

Ja. Die politische Agitation hat schon vor Beginn des Ausschusses begonnen. Man hat mir als Vorsitzendem ständig Befangenheit vorgeworfen, was weder inhaltlich noch formal stimmt. Ich halte mich strikt an die Verfahrensordnung und entscheide niemals entgegen der Expertise des Verfahrensrichters.

Wobei Sie tatsächlich in einer problematischen Doppelrolle als Vorsitzender und Auskunftsperson auftreten mussten.

Der Untersuchungsausschuss ist kein Gericht, sondern untersucht politische Verantwortung. Man hätte mich auch nicht laden können, weil ich im untersuchten Zeitraum gar nicht Regierungsmitglied war. Meine Ladung hatte also einen rein politischen Hintergrund. Was man dort versucht hat zu konstruieren, hat mit den Tatsachen nichts zu tun.

Es wurde aber zum Beispiel offenkundig, dass die Novomatic als Kooperationspartner des von Ihnen gegründeten Alois Mock-Instituts über 100.000 Euro bezahlte.

Aber nicht im untersuchten Zeitraum. Und da ging es um Dinge wie Catering bei Veranstaltungen. Da



Sobotka im Plenum des Nationalrates, das sich während des Parlamentsumbaus in der Hofburg befindet

werden Kraut und Rüben vermischt. Aber Vorsitzenbashing betreiben ja einzelne Herrschaften mit großer Freude.

Man wirft Ihnen auch ruppige Vorsitzführung vor.

Ich habe vielleicht einmal eine deutliche Antwort gegeben. Ich bin auch kein Übermensch.

Sind Sie ein Häferl?

Nein, man ist kein Häferl, wenn man sich nach stundenlangen Untergriffen einmal klarer äußert.

Was halten Sie davon, dass der Bundeskanzler eine wichtige Säule der Republik wie die Justiz angreift und auch so oft die EU kritisiert?

Bei der Justiz muss man natürlich sorgsam sein, aber es gab wohl Gründe dafür. In einem Rechtsstaat ist niemand sakrosankt, Kritik darf immer geäußert werden. Einiges in diesem Bereich ist ja auch in Diskussion: Derzeit gibt es beispielsweise Überlegungen, wie man mit der Amtsverschwiegenheit umgeht.

Und Kritik an der EU?

Die Europäische Union steht an einer Wende. Und der Kanzler tritt profiliert auf, weil er außenpolitisch sehr versiert und gut vernetzt ist. Nicht alles, worauf er hinweist, ist ein Skandal, manches ist nur eine Anmerkung. Dass zum Beispiel etwas entgegen gemeinsam gefasster Beschlüsse passiert oder zu langsam

geht. Letztlich geht es um Verbesserung. So wie ich ja auch oppositionelle Kritik nicht einfach wegweise. Die Regierung hat darauf reagiert: Zuerst hat sie sehr auf Experten gehört, jetzt bezieht sie auch die Opposition mit ein.

Die Pandemie hat ein grelles Licht darauf geworfen, was im Staat alles nicht funktioniert. Brauchen wir eine Neuordnung des Staates?

Wir brauchen auf jeden Fall ein Sicherheits- Katastrophen- und Krisenmanagement-Gesetz. Es geht auch darum, wie man an den Schnittstellen mit den Bundesländern umgeht.

Brauchen große Probleme größeren



Der Präsident erklärt den Plan für das rundumreue Parlament am Ring

Zusammenhalt – also eine Große Koalition?

In Deutschland wird genau der umgekehrte Weg diskutiert. Das ist keine Frage der Regierungsform, sondern des Verständnisses. Man hat sich zu einem Regierungsprogramm bekannt. Es gibt keinen Anlass, daran etwas zu ändern.

Wobei die Töne innerhalb der Koalition sehr ruppig geworden sind: Die Grünen freuen sich unverhohlen, wenn die ÖVP im U-Ausschuss gezwackt wird. Die ÖVP richtet einem grünen Minister aus, er möge sich von Beamten trennen.

Wir brauchen einen klaren Blick, wie wir durch die Pandemie kommen und wie es danach weitergeht. Für Befindlichkeiten ist in der Politik wenig Platz. Es ist ein typisches österreichisches Phänomen, dass man mit den handelnden Personen sehr hart ins Gericht geht. Vieles funktioniert doch in vielen Bereichen hervorragend! Und nicht alles ist gleich ein Skandal! Eine Krise beendet man nicht mit Hysterie, sondern mit konsequenter Haltung.

Sie waren auch Innenminister. Nun wird das BVT reformiert. Viele meinen, dass am Niedergang des Amtes auch die Besetzungspolitik der niederösterreichischen ÖVP schuld

„Früher gab es Amtshilfefahrern. Heute marschiert man gleich mit einer Hausdurchsuchung ein“

war, die einige Minister stellte, beginnend mit Ernst Strasser.

Ich habe mich in meiner Zeit als Innenminister nie dafür interessiert, wer wen wo wie wählt. Dass man im Kabinett loyale Mitarbeiter hat, ist wohl klar. Dass das BVT in keinem guten Zustand war, ist nicht zu bestreiten. Auch ich hätte es reformiert. Nur nicht mit der Brachialgewalt und der Öffentlichkeit, die mein Amtsnachfolger gewählt hat ...

...Herbert Kickl ...

...die ich für total inadäquat gehalten habe. Das ist ein Tabubruch, auch der österreichischen Justiz: Früher gab es Amtshilfefahrern zwischen den einzelnen Staatsgewalten. Heute marschiert man gleich mit einer Hausdurchsuchung ein. Das war unwürdig – genauso wie im Finanzministerium. Wo ist da Gefahr im Verzug? Das muss man doch anders lösen können. Das ist eine Desavouierung aller Beamten.

Sind Sie zu umstritten, um VP-Präsidenschaftskandidat zu werden?

Wir haben einen Bundespräsidenten, der seine Arbeit gut macht. Das ist für mich keine Option, weil ich mein jetziges Amt länger ausfüllen möchte. Nächstes Jahr übersiedeln wir ins renovierte Haus zurück. Jetzt sind wir ja völlig zerstragelt. Wir werden ein modernes und barrierefreies Parlament haben. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist mir ein großes Anliegen. Dafür habe ich eine Studie aufgesetzt. Es gibt weniger, aber dafür lauter Antisemitismus. Da ist noch so viel zu tun! Auch bei anderen großen Fragen – etwa Digitalisierung oder demografische Entwicklung – bietet das Parlament so viele Möglichkeiten zum Diskurs. Die Aufgabe erfüllt mich total. Warum sollte ich sie vorzeitig abgeben?

Zur Person

Politische Karriere

Wolfgang Sobotka hatte viele politische Funktionen inne: Waidhoferer Bürgermeister, Landesrat, NÖ-Landeshauptmannstellvertreter, Innenminister, seit 2017 Erster Nationalratspräsident. In dieser Funktion hat er soeben einen Antisemitismusbericht vorgelegt. Als Vorsitzenden des Ibiza-Untersuchungsausschusses kritisiert ihn die Opposition

Vielseitige Interessen

Der 65-jährige war Musikschullehrer und Uni-Lehrbeauftragter, er ist ausgebildeter Historiker und Dirigent

➤ Gezerre ums Glücksspiel lässt die Gerüchteküche brodeln ➤ Kleinunternehmer

Tiefe Sorgenfalten in unseren

Als stets geöffnete Nahversorger und dank geschlossener Grenzen haben sich Österreichs Trafikanten zwar relativ gut durch die Krise gewurschelt, jetzt macht

sich aber tiefe Verunsicherung breit. Grund dafür ist das politische Gezerre ums Glücksspiel samt Gerüchten um Werbeverbote und Steuererhöhungen...

Von Lotto bis zu „Euro-Millionen“, vom Brieflos bis zur Sportwette – nach dem Tabakverkauf gilt das Glücksspiel als wichtigste Einnahmequelle unserer Trafikanten. Doch durch die Causa Novomatic samt Hausdurchsuchungen und prominenten Protagonisten geriet die gesamte Glücksspiel-Landschaft in Schiefelage und soll jetzt komplett neu aufgestellt werden – Gesetzesänderung inklusive.

Vor allem von grüner Seite würde dabei auch mit Steuererhöhungen und einem Werbeverbot (ähnlich wie beim Tabak) geliebäugelt. In der Gerüchteküche brodeln es also gewaltig.

Dementsprechend schrillen bei den Kleinunterneh-



FOTO: WWW.PH.LUTHER.COM

Das Glücksspiel bekommt ein neues Gesetzesgerüst verpasst, die Trafikanten wollen dabei mitreden. Zunächst geht es aber einmal um 4,6 Millionen Euro.



Die Trafikanten sind total verunsichert. Die Regierung sollte schleunigst mit uns sprechen und Konkretes auf den Tisch legen.

Trafikanten-Obmann Josef Prirschl



Foto: Gerald Lechner

bangen um Existenz

Trafiken

mern – mehr als die Hälfte davon sind Menschen mit Behinderungen – bereits die Alarmsirenen: „Die Trafikanten sind verunsichert“, erklärt deren Obmann Josef Prirschl, „wir wissen nicht, wohin die Reise geht.“ Die Trafikanten fordern von der Politik, zumindest angehört zu werden.

Am Sonntag wartet ein Vierfach-Jackpot

Apropos Glücksspiel: Für einen Glückspilz im Land könnten die Geldsorgen schon bald vorbei sein. Am Sonntag geht es im Lotto um einen Vierfach-Jackpot. Im Topf liegen satte 4,6 Millionen Euro – und vielleicht gewinnt ja diesmal ein Trafikant . . . Oliver Papacek



Was am Ende des Tages von der Opposition vorläufig übrig bleibt

SPÖ und Neos haben sich in letzter Zeit Selbstfaller geleistet. Und das in einer Phase, in der mehr Professionalität und weniger Dilettantismus wichtig wären.

Es gibt die sogenannten urban legends, also die skurrilen Erzählungen, mit deren Hilfe Österreicher politische Verläufe erklären. Eine davon: Wähler haben ein ganz kurzes Gedächtnis. Darauf können Politiker angeblich bauen.

Das kann so aber nicht stimmen. Manche Reaktionen nach jedem kritischen Blick auf die aktuelle Regierung holen weit aus – sehr weit sogar: Wie war das mit all den Skandalen der 40-jährigen Vorherrschaft der SPÖ? Wie in der Zeit des berühmten Clubs 45 als Treff der SPÖ-Prominenz? Dagegen wirken manche Hinweise auf die Jahre Werner Faymanns und Christian Kerns geradezu topaktuell.

Nur, was trägt der Rückblick auf eine Zeit, in der in der Erinnerung mancher alles „schlechter“ war als jetzt, zur Lösung der brennenden aktuellen Probleme bei?

Man sollte sich vielmehr Sorgen um den Zustand der Opposition machen, deren Effektivität bei Kontrolle, Sachlichkeit und konstruktive Arbeit für die Festigkeit einer liberalen Demokratie entscheidend sind. Zwei Vorgänge der letzten Wochen sind Anlass genug zu tiefer Sorge.

Anlass Nr. 1: SPÖ und Neos stellten im Ibiza-Untersuchungsausschuss einen Antrag auf Herausgabe der persönlichen Daten von 3000 Mitarbeitern der Novomatic. Wer immer in der SPÖ diese Idee hatte, gehört entweder gemaßregelt oder von seiner Funktion entfernt. Sollte es Fraktionsführer Jan Krainer gewesen sein, so hat er sich damit selbst disqualifiziert. Daten einer Novomatic-Sekretärin, um eine Spende an die ÖVP zu finden? Das hätte nie passieren dürfen.

Die Datenschutzbehörde hat den Irrsinn gestoppt. Der Schaden für die SPÖ bleibt – und für Klubobfrau und Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner. War sie informiert oder wusste sie nichts davon? Eine derartige Missachtung des Persönlichkeitsschutzes und der Grundrechte geht gar nicht. Wie will sich die SPÖ in Hinkunft als Hüterin beider gerieren?

Dieser absurde Antrag der SPÖ ist für die SPÖ-Chefin nur ein weiterer Querschuss aus den eigenen Reihen oder –

sollte sie ihn womöglich gutgeheißen haben – ein weiterer Grund für Zweifel an ihrer Führung.

Rendi-Wagner hat auch ohne diesen politischen Fehlgriff genügend Schwachstellen zu bewältigen. Eine davon ist ihre Rhetorik. Ob bei Pressekonferenzen oder anderen Auftritten, immer erinnert ihre Tonalität an Parteitage. Das könnte sie bei entsprechendem Training ändern. Die Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei scheint ohnehin lernfähig. Das bewies sie am Freitag im ORF-Morgenjournal. Sie wiederholte die Gefahr für die „Intensivstationen“ in den Spitälern durch die steigenden Infektionszahlen und die Forderung, „rechtzeitig gegenzusteuern“, ganz so wie es Kommunikationsexperten raten würden – mindestens drei Mal die gleichen Sätze.

Dieselbe Frage bezüglich des Novomatic-Antrags wie an Rendi-Wagner ist übrigens auch an Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger zu stellen. Ihre Frau im U-Ausschuss, Stephanie Krisper, hat den Antrag und damit die Zusammenarbeit mit der SPÖ – zu spät aber doch – als „Fehler“ bezeichnet. Den gleichen Hinweis auf die Rhetorik könnte man auch Meinel-Reisinger geben: Die Tonalität ändern, die Lautstärke herunterschrauben. Sie würde auch so gehört werden.

Anlass Nr. 2: Die Veröffentlichung der Chat-Protokolle von Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache. Auch das hätte nicht passieren dürfen – sobald klar war, dass sie nichts zur Aufklärung des Untersuchungsgegenstandes beitragen. Die Vermutung, die ÖVP selbst habe sie an Boulevardmedien weitergegeben, scheint weit hergeholt. So „deppert“ kann niemand sein, um sich von der Veröffentlichung dieser Chats einen politischen Vorteil zu erhoffen.

Was ist eigentlich mit der FPÖ? Sie hat sich seit Herbert Kickls Brüllen im Wiener Prater Anfang März selbst aus dem Spiel genommen. Sie kann nur – mehr als die anderen Parteien – auf das kurze Gedächtnis der Wähler hoffen.

Zur Autorin:

Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien. diepresse.com/rohrer

“
Wähler haben ein kurzes Gedächtnis. Darauf können Politiker angeblich bauen.
Das kann so aber nicht stimmen.

Interview

Monika Racek ist Vorstandin der Novomatic-Tochter Admiral.



„Wer nicht zustimmt, darf nicht spielen“

Als größter Anbieter spricht Admiral sich gegen ein Verbot aus. Illegalität würde das Problem verschärfen, sagt Monika Racek.

Als Betreiber von 337 Automaten in 25 Filialen profitiert Admiral von der Legalität des „Kleinen Glücksspiels“. Wie kontern Sie der Kritik, Sie würden damit die Sucht fördern?

Wir sind gesetzlich dazu verpflichtet, ein umfangreiches Präventionskonzept umzusetzen. Dazu zählt etwa die Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Glücksspielsucht, die unsere Mitarbeiter schult. Wir haben kein Interesse daran, dass Kunden erkranken. Wenn jemand viel verspielt, kommt er nicht mehr zu uns.

Aber wie wollen Sie das verhindern?

Neben der technologischen Auswertung beobachten unsere Mitarbeiter das Spielverhalten und bieten Hilfestellung an – zeitliche Beschränkungen oder Verlustlimitierung. Im Vorfeld fragen wir die Bonität ab, wer nicht zustimmt, darf nicht spielen. Darauf achten wir genau.

Warum halten Sie ein Verbot für falsch?

Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass Verbote nicht wirken. Wenn das Glücksspiel verboten wird, findet eine Verlagerung in die Illegalität statt.

Das Geschäft mit

2016 wurde das „Kleine Glücksspiel“ in der Steiermark neu geregelt. Die KPÖ kritisierte das Gesetz von Beginn an und will es rückgängig machen. Sowohl Anbieter als auch Suchthilfe fürchten beim Verbot eine Zunahme von illegalen Casinos.

Thema des Tages

STEIERMARK

SPEZIAL

TERESA SPARI

64.000 Steirer waren laut Dunkelziffer-Studie von 2015 spielsüchtig. 250 Betroffene pro Jahr suchen die Suchtberatung auf. 80 Prozent sind Männer. ☺



Viele Angehörige vermuten zu Beginn eine Affäre“, sagt Monika Lierzer von der Fachstelle für Glücksspielsucht in der Steiermark. Im Gegensatz zu Alkohol oder Drogen ist das Zocken ein Verlangen, das gut und lange zu verheimlichen ist. „Vor allem, wenn der finanzielle Polster da ist“, so die Psychologin. Nach dem in der Steiermark geltenden

Gesetz kann der schneller weg sein, als man glaubt: Pro Spiel sind bis zu zehn Euro Höchsteinsatz erlaubt, ein Spiel dauert eine Sekunde. „Es ist legal möglich, in einer Stunde 36.000 Euro zu verlieren“, rechnet die KPÖ vor. Theoretisch: Rechtlich ist nach zweieinviertel Stunden eine „Abkühlphase“ vorgesehen, die Betriebsdauer von Automaten ist auf 18 Stunden beschränkt. Eine

maximale Tagesspieldauer wie in Oberösterreich (drei Stunden) gibt es nicht.

Die KPÖ hält ein Verbot des „Kleinen Glücksspiels“ für den einzigen Weg. „Automaten haben eine besonders negative Wirkung auf Spielsüchtige“, sagt Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Außerdem würden, im Gegensatz zum Roulette im Casino, die Sicherheitsbestimmungen

ANZEICHEN FÜR SPIELSUCHT

1 Wie entsteht Glücksspielsucht?

Am Beginn stehen Spaß, Spannung und Nervenkitzel. Die Übergänge vom kurzweiligen Vergnügen bis zur Glücksspielsucht sind fließend: Es beginnt mit gelegentlichem Spielen um Geld, geht weiter über problemloses, aber häufiges Spielen und Risikospielen hin zum problematischen Spielen. Am Ende steht die Glücksspielsucht bzw. pathologisches Zocken. Der Verlauf ist schleichend und kann sich über viele Jahre erstrecken.

2 An welchen Punkten erkenne ich, dass ich auf dem Weg in die Spielsucht bin?

- ☛ Notwendigkeit des Spielens mit immer höherem Einsatz, um eine gewünschte Erregung zu erreichen.
- ☛ Unruhe und Reizbarkeit beim Versuch, Spielen einzuschränken oder aufzugeben.
- ☛ Wiederholte, erfolglose Versuche, das Glücksspielen zu kontrollieren, einzuschränken oder aufzugeben.
- ☛ Häufiges Glücksspielen in belastenden Gefühlszuständen (Angst, depressive Stimmung, Schuldgefühle).

- ☛ Starke gedankliche Eingenommenheit (etwa Planung der nächsten Spielunternehmung).
- ☛ Versuch, durch wiederholtes Glücksspielen frühere Geldverluste auszugleichen.
- ☛ Belügen anderer, um das Ausmaß zu vertuschen.
- ☛ Gefährdung oder Verlust einer wichtigen Beziehung, eines Arbeitsplatzes aufgrund des Glücksspiels.
- ☛ Verlassen auf finanzielle Unterstützung durch andere, um die finanzielle Notlage zu überwinden.



der Spielsucht



Fotos: Zoran - stock.adobe.com, www.picturedesk.com/NOVOMATIC/Sebastian Philipp / OTS, Gesellschaft für Suchtfragen

nicht greifen. Anbieter wie Admiral widersprechen naturgemäß, auch die Suchthilfe sieht ein Verbot kritisch (siehe Interviews).

Beide Seiten befürchten eine Zunahme von illegalen Anbietern. „Der Einwand ist gerechtfertigt“, sagt Klimt-Weithaler. Aber: „Es ist eine Frage der Kontrollen und des Willens.“ Die rechtliche Handhabe sei gegeben, Hinweise auf illegale Casinos

kämen häufig von den Betroffenen selbst. „Die Spieler wollen sich vor sich selbst schützen.“

Ein Abwandern der Süchtigen ins Internet sieht die KPÖ nicht: „Das ist nicht dasselbe. Viele Spieler bauen eine Beziehung zu einem Automaten auf.“ Eine Gefahr im Internet bestehe sehr wohl, so Suchtberaterin Monika Lierzer. Dazu zählen die 20 Anbieter für Sport-

wetten in der Steiermark. „Es gibt wenige Beschränkungen, und die sind weich. Bei der großen Zahl an Anbietern ist es fast unmöglich, sich sperren zu lassen.“ Zudem verbinde man das Wetten auf Fußball- und andere Sportergebnisse nicht mit Glück, sondern mit Geschicklichkeit, Kompetenz und Wissen. „Das lässt Betroffene noch länger zögern, sich Hilfe zu holen...“

In welchen Ländern das Zocken noch erlaubt ist

Das Kleine Glücksspiel ist in Vorarlberg, Tirol, Wien und Salzburg verboten. Auf der Bundesebene entsteht eine neue Regelung.

Das steirische ist ohnehin das strengste Glücksspielgesetz“, fällt oft als Argument gegen ein Verbot von Spielautomaten. Geregelt wird das auf Bundesland-Ebene, neben der Steiermark erlauben

Kärnten, Burgenland, Ober- und Niederösterreich das „Kleine Glücksspiel“. Die Landesgesetze orientieren sich an einer Bundesvorgabe. Sie wird nun überarbeitet (Seite 11) und soll unter anderem einen Sperrverbund

ermöglichen. Bisher müssen sich suchtgefährdete Spieler bei jedem Anbieter einzeln sperren lassen, künftig könnte das automatisch bei allen gleichzeitig möglich sein. In jenen Bundesländern, in denen das Kleine Glücksspiel illegal ist, gibt es immer wieder Razzien bei versteckten Spielcasinos in Privatwohnungen oder – vermeintlich – geschlossenen Geschäftslokalen.

Interview

Monika Lierzer leitet die Fachstelle für Glücksspielsucht.



„Besser erlaubt und streng kontrolliert“

250 Spielsüchtige pro Jahr suchen Hilfe. Die Dunkelziffer ist höher. Im Gesetz gebe es Nachschärfungsbedarf, sagt Monika Lierzer.

Wie sieht die Suchtberatung ein Verbot des „Kleinen Glücksspiels“?

Ich halte es für besser, das Spielen zu erlauben, aber streng zu kontrollieren. Es gibt einen illegalen Markt, das haben wir 2016 gesehen, als das Glücksspielgesetz geändert wurde.

Wie hat sich das Gesetz ausgewirkt?

Seit dem Inkrafttreten hat sich die Zahl der Menschen, die Beratung suchen, reduziert. Am Höhepunkt 2013 waren es 560 Spieler, jetzt sind es 250 pro Jahr. Die Dunkelziffer ist höher – ein Prozent der Steirer.

Mitarbeiter in Automaten-Cafés müssten rechtlich gesehen ein Auge auf Kunden haben. Funktioniert das in der Praxis?

Die Mitarbeiter besuchen Schulungen bei uns, die Sensibilisierung ist gegeben. In der Praxis schreiten sie aber selten ein, das zeigen Erhebungen bei Betroffenen.

Wo müsste man nachbessern?

Es braucht eine einheitliche Mindestdauer von sechs Monaten, wenn sich ein Kunde freiwillig selbst sperren lassen möchte. Außerdem muss der Sperrverbund Realität werden.

„www.noen.at“, 19.03.2021

ANFRAGE AN MIKL-LEITNER

NÖ Grüne: Anfrage zu Novomatic "ergebnislos"

Als "ergebnislos" hat Helga Krismer, Landessprecherin der NÖ Grünen, am Freitag ihre Anfrage an Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) bezüglich Sponsorings, Inserate und Kooperationen des Landes mit der Novomatic AG bezeichnet.

Die Antwort sei "sehr ernüchternd und wirft Fragen auf". Die Landeshauptfrau sei als Kulturreferentin gefragt worden, sie verstecke sich hinter GmbH des Landes und dem Schlagwort Datenschutz.

Krismer wies darauf hin, dass Novomatic im Jahresbericht 2019 u.a. Sponsoring des Kulturpreises des Landes Niederösterreich, die NÖ Tonkünstler und die Römerstadt Carnuntum angebe. Dass der Glücksspielkonzern "transparenter als Johanna Mikl-Leitner als Kulturreferentin" des Landes sei, "ist eine Zumutung", kritisierte die Grüne. Da sei etwas faul in Niederösterreich hinsichtlich Transparenz. Aufklärung in der Causa könne "anscheinend nur ein umfassendes Prüfen durch den Landesrechnungshof bringen mit dem Thema: Sponsoring und Inserate", so Krismer.

„Kurier“, 19.03.2021

Glücksspiel: Richtersenat soll Konzessionen vergeben

Reform. Unabhängige Aufsicht, Politeinfluss trotzdem möglich

VON ANDREA HODOSCHEK

Die im Regierungsprogramm angekündigte Glücksspielreform soll Anfang 2022 in Kraft treten. Die von der Opposition heftig kritisierte, traditionelle Mehrfachrolle des Finanzministers hat damit ausgespielt.

Die Vergabe von Konzessionen obliegt künftig einem dreiköpfigen, verfassungsrechtlich weisungsfreien Richtersenat. „Die Bestellung der Richter erfolgt durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag des OGH-Präsidenten. Damit erfüllen wir höchste Standards“, erklärt Blümel. Wobei es in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Konzessionen geben wird. Die Konzessionen der Casinos und der Lotterien laufen 2027 beziehungsweise 2030 ab.

Die neue Aufsichtsbehörde hat koalitionskonform zwei Vorstände. Diese werden auf Vorschlag der Regierung vom Bundespräsidenten auf 5 Jahre bestellt. Für alle Mitarbeiter sollen strenge Compliance- und Unvereinbarkeitsregeln gelten, auch für nahe Angehörige. Die fünf Aufsichtsräte werden vom Finanz- und vom Gesundheitsminister nominiert und berichten ans Parlament.

DNS-Blocking

Die Behörde wird eine Blacklist von allen Unternehmen erstellen, die nicht in Österreich tätig sein dürfen. Das sind derzeit alle Anbieter außer win2day, der Tochter von Casinos und Lotterien. Voraussichtlich wird das DNS-Blocking (Domain Name System Blocking) zum Einsatz kommen, das Benutzern erschwert, bestimmte Domains oder Websites im Internet zu finden. Dieses „Filtering“ wird bereits in zwei Dritteln der EU-Staaten angewendet. Die Kontrolle von illegalem Spiel bleibt bei der Finanzpolizei.

Ein Sperrverbund unter allen in Österreich tätigen Unternehmen soll verhindern, dass auffällige Spieler von einem Anbieter zum nächsten wandern. Spielerschutz-Projekte werden gefördert. Die Werbung wird eingeschränkt. Zudem droht eine Erhöhung der Glücksspielabga-

ben. Sportwetten könnten künftig als Glücksspiel gelten und höher besteuert werden.

Die neue Struktur sei auf Empfehlung internationaler Experten „und nach dem Vorbild der Eidgenössischen Spielbankenkommission in der Schweiz“ entstanden, betont Blümel. Deren Direktor, Jean-Marie Jordan, betonte, eine solche Behörde sei vor Interessenskonflikten und Einflussnahmen besser geschützt.

Ein Problem, auf das Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner aufmerksam gemacht hatte, kann aber selbst die beste Aufsicht nicht verhindern – politische Einflussnahmen auf die Bestellung von Casinos-Vorständen. Genau das ist Thema des Casinos-Strafverfahrens und des U-Ausschusses. Glatz-Kremsner warnte auch davor, durch Werbeverbote die Spieler zu illegalen Anbietern zu vertreiben.

Strengere Regeln, aber der Drittel-Anteil der Republik am Casinos-Konzern wird nicht verkauft



„Österreich“, 19.03.2021

Bereich wird aus BMF herausgelöst ²³

Glücksspiel-Reform: Was sich 2022 ändern soll

Wien. Finanzminister Gernot Blümel hat präzisiert, wie das Glücksspiel in Österreich auf neue Beine gestellt werden soll. Es wird eine unabhängige Glücksspielbehörde geschaffen, die am 1. Jänner 2022 startet. Deren zwei Vorstände sollen danach ausgeschrieben werden. Die Glücksspiel-Konzessionen werden künftig von einem Richter-Senat verge-



Minister Blümel: Paket soll bis Herbst stehen.

ben. Online-Spiel dürfen wie bisher nur die Casinos Austria über ihre Seite Win2day anbieten. Die demnach illegalen Anbieter aus dem Ausland sollen gesperrt werden.

„Standard“, 19.03.2021

KURZ GEMELDET

Richtersenat wacht über Glücksspiellizenzen

Wien – Finanzminister Gernot Blümel will neben einer neuen Glücksspielbehörde einen Richtersenat installieren. Das Gremium soll die Unabhängigkeit bei der Vergabe von Spielbank- und Lotto-Konzessionen garantieren. Die Richter sollen vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs ernannt werden. Mit der Glücksspielreform sollen die Zuständigkeiten für Aufsicht und Konzessionen an eine neue Behörde ausgelagert und der Spielerschutz erhöht werden. Illegales Online-gaming soll geblockt werden. (as)

„Kronen Zeitung Burgenland“, 18.03.2021

➤ Fragen zu Glücksspiel, Casino-Lizenzen ➤ „Es gab keine Interventionen“

Niessl im Ibiza-Ausschuss

Alles drehte sich beim politischen Routine am Mittwoch im Ibiza-Ausschuss um das Kleine Glücksspiel, Casino-Lizenzen und das Sportsponsoring von Novomatic im Burgenland. Befragt wurde dazu Altlandeshauptmann Hans Niessl (SPÖ). Auf seine Vorladung hatte die ÖVP gedrängt.

„Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!“ Wie in seiner Amtszeit wurde Hans Niessl im U-Ausschuss in der Wiener Hofburg begrüßt, bevor Herbert Kickl (FPÖ) an der Reihe war (siehe auch Politik). Von „außer Dienst“ war bei Niessl keine Rede. Schon die erste Frage zum Kleinen Glücksspiel erinnerte an die Untersuchung in der Causa „Commerzbank“. Niessl wiederholte nun, dass die Legalisierung 2012 im Burgenland zum Ziel hatte, das Glücksspiel nicht in die Illegalität abgleiten zu lassen. „Kontrolle ist besser als Verbot.“ Verhandler waren die Klubchefs Christian Illedits (SPÖ) und Rudolf Strommer (ÖVP). Politisch zuständig sei Landesrätin Michaela Resetar (ÖVP) gewesen. Niessl: „Es gab keine Interventionen.“

Dasselbe gilt für Parndorf als Casino-Standort. Das

haben sich Novomatic laut Manager-Unterlagen im Ermittlungsakt gewünscht. „Das Land wäre gesprächsbereit gewesen, aber die Sache ist Bundeskompetenz, die Vergabe obliegt dem Finanzministerium“, erklärte Niessl. Fakt ist: Es gibt 12 Casino-Lizenzen, nur das Burgenland hat keine. Einblicke in Sponsorverträge zu Sportvereinen habe er nicht, so Niessl. Auch nicht beim ASV Draßburg, in der FPÖ-Befragung kurz verwechselt mit Drasenhofen (NÖ).

Am Ende blieb die Frage, was das alles mit „Ibiza“ zu tun hat. Niessls Fazit: „Empört hat mich, dass im Ausschuss ein Resümee gezogen wird, das meine Aussagen nicht wiedergibt.“ Er sprach damit konkret die ÖVP an, die nichts unversucht ließ, ihm enge Kontakte zu Novomatic nachzusagen. Vergebens.

Karl Grammer



Foto: Grammer Karl

⊗ In den Saal gerollt wurden Unterlagen, bevor die Fraktionen Niessl zu Novomatic und Co. befragten. ⊗



Fotos: Grammer Karl, Huber Patrick

„Kronen Zeitung“, 18.03.2021

➤ Blauer Obmann im Ibiza-Ausschuss ➤ Attacken gegen die Kanzlerpartei

„Ich bin kein Wanderpokal“

Herbert Kickl sorgte für einen kurzweiligen Ausschuss-Auftritt. Der FPÖ-Klubobmann nutzte die Bühne für Attacken gegen die Türken. Die Macht der Bilder des Ibiza-Videos habe ihn „erschlagen“. Er als Innenminister sei der „Problembär“ der Koalition gewesen.

Eingangsfrage an Herbert Kickl: „Strache auf Ibiza: Novomatic zahlt alle. Was meinte er damit?“ Antwort: „Da müssen alle anderen gemeint sein. Die FPÖ betrifft das sicher nicht.“ Keine Spenden an Blaue oder deren Vereine. „Alles geprüft.“ Außerdem habe er mit Finanzen und Vereinen als Generalsekretär nichts zu tun gehabt. Auch von Postenschacher weiß er nichts. „Ich hau mich nicht mit Wichtigen oder Journalisten auf ein Packl.“ Kickl nutzt die Hofburg-Bühne für Attacken wider den Expartner, den „Spenden-Schred-



Blauer Blickfang in der Hofburg: Herbert Kickl sprach viel und gab Einblicke in seine Welt

derer.“ Der türkise Stachel sitzt offenbar noch tief. Die ÖVP habe die roten Linien für die Blauen immer enger gezogen. Er selbst sei der „Problembär“ gewesen. Kurz habe ihm Karoline Edtstadler quasi als Wachhund ins Kabinett gesetzt.

17. Mai 2019, das Video taucht auf. Kickl kann sich nicht vorstellen, dass nur ein paar Kleinkriminelle dahinterstecken. Er erinnert sich

genau an den Tag der Veröffentlichung. „Die Macht der Bilder hat mich erschlagen.“

Kurz sei sehr gelassen gewesen. „Mich hätte es auf den Sitzler ghaut.“ Erster Plan: Strache tritt als Vize zurück, Hofer übernimmt. „Doch dann hieß es: Kickl muss als Innenminister raus.“ Es habe Erpressungsanrufe von Kurz-Berater Stefan Steiner gegeben. Die FPÖ habe Aktennotizen als

Beleg auf einem Pizzadeckel notiert. Kickl sollte Sozialminister werden: „Ich bin ja kein Wanderpokal.“ Die Koalition flog mit epochalem Getöse in die Luft.

Am Ende plädiert Herbert Kickl für ein zeitnahes Ende des Ibiza-Ausschusses und für einen Corona-Ausschuss. Und er bemüht ein Brecht-Zitat: „Die im Dunkeln sieht man nicht.“

Erich Vogl, Sandra Schieder

Bilanz



DR. GEORG WALLAND
georg.walland@kronerzeitung.at

Glücksspiel: Mit sauberen Händen

Mit dem Glücksspiel in Österreich ist es wie mit etlichen anderen Themen: Da geht es ein wenig schlampig zu, das erleichtert dunklen Gestalten das Abkassieren in großem Stil, vom Spielerschutz wird viel geredet, aber der ist löchrig wie Schweizer Käse – kurzum: Es ist lange nicht mehr so arg wie zu Zeiten des „Roten Heinzl“ und des „Notwehr-Krista“, die Investoren in diesem Metier agieren professioneller, und ihre Gier ist umso größer. Kein Wunder, dass Finanzminister Blümel hier die Notbremse ziehen und die Branche neu regulieren will. Straches Ibiza-Sager von „Novomatic zahlt alle“ steckt der ganzen Branche in den Knochen.

Es soll also anders werden. Und das ist auch höchste Zeit. Man muss sich das nur einmal vergegenwärtigen: Derzeit ist es so, dass das Finanzministerium alles in einem ist. Nämlich Lizenzvergeber, Glücksspiel-Aufsicht, Regulator, Abgabenbehörde und auch noch Miteigentümer. So viel Macht verdirbt, früher oder später, fast jeden.

Daher: Willkommen mit einer Politik der „sauberen Hände“ beim Glücksspiel, etwa nach Schweizer Vorbild, wo das seit gut zwanzig Jahren transparent und ordentlich funktioniert. Es geht um viel: Um viel Geld (allein die Casinos Austria und die Lotterie liefern jährlich 620 Millionen Euro an Steuern ab), um fairen, transparenten Wettbewerb nach klaren juristischen Vorgaben, um den Schutz der Spieler und um das Einfangen ausländischer „Abstauber“ ohne Steuerleistung. Rien Ne Va Plus!

„Der Standard“, 18.03.2021

Dicke Luft im Elfenbeinturm

Die Ausschreibung einer neuen Managementposition am KHM bringt Sabine Haag immer stärker unter Druck. Der Generaldirektorin gelang mit dem Spender Ronald S. Lauder indes ein Coup beim Sponsoring.

Olga Kronsteiner



Foto: APA / Herbert Neubauer

Kommunikation sei der größte Schwachpunkt von Sabine Haag, sagen Insider. Darunter leidet eine so große Institution wie das KHM.

Eine Königin im Elfenbeinturm, die den Kontakt mit ihrem Hofstaat scheut. An ihrer Seite der Haushofmeister, der ihr in wirtschaftlichen Belangen den Rücken freihält. Die Berater nicht zu vergessen, die sich fallweise in ihrem Umfeld tummeln. Der Staatsetat ist gut dotiert und ermöglicht nun die Berufung eines Prinzregenten, der sich künftig der Belange des Hofstaates annehmen soll. Keine Prinzregentin? Nun, die Königin hat eine Präferenz für Männer, wie die personellen Bestellungen der letzten Jahre zeigten.

So überzogen dieses Bild auf den ersten Blick wirken mag, Analogien zum Alltag im Kunsthistorischen Museum (KHM) sind gegeben. Kommunikation, so ergaben Hintergrundgespräche mit Insidern und Betroffenen, sei der größte Schwachpunkt der amtierenden Generaldirektorin Sabine Haag.

Bis hin zum Stillstand

Konkret geht es um den fehlenden Austausch mit ihren Sammlungsdirektoren, der dem Vernehmen nach laufend zu Verzögerungen bis hin zum Stillstand führe. Selbst dem dringlichen Wunsch nach einem monatlichen Jour fixe zur Besprechung laufender Projekte oder neuer Ideen sei nicht entsprochen worden, heißt es.

Sabine Haag stellt dies in Abrede: „Es gab und gibt regelmäßige Kommunikation mit den Sammlungsdirektoren, selbstverständlich auch immer mit der Möglichkeit persönlicher Termine.“ Künftig wird, wie berichtet, die „Leiter/in der Samm-

lungen und Forschung“ für solche Belange zuständig sein. Die seit kurzem ausgeschriebene neue Position, deren Aufgaben sich mit jenen der Generaldirektorin überschneiden, sorgt nicht nur für Kritik. Tatsäch-

lich sehen sich manche in ihrer Einschätzung bestätigt.

Der ehemalige Kulturminister Thomas Drozda (SPÖ) etwa, der mit einer Neubestellung der KHM-Leitung frischen, konstruktiven Wind

ins Haus bringen wollte – und das trotz Haags vielgepriesener Loyalität. Dafür bekam Drozda Schelte zuhauf. Dass Eike Schmid an den Offizien verblieb, ist bekanntlich eine andere Geschichte.

Für Verwunderung sorgen der Zeitpunkt und die zusätzlichen Kosten der neuen Hierarchieebene mitten in einer durch die Pandemie verursachten Wirtschaftskrise, in der dem KHM wesentliche Einnahmen wegfielen. Vom Bund gab es, zusätzlich zur Basisabgeltung (23,84 Millionen), einen Zuschuss von 6,4 Millionen Euro. Hinzu kamen Zahlungen zur Kurzarbeit von 3,1 Millionen Euro.

An die finanziell schwierige Situation knüpft Sabine Haag im Gespräch mit dem STANDARD an und preist den mit der neuen Position verbundenen Mehrwert, da sie sich stärker, als es in ihrer Arbeitszeit bislang möglich gewesen sei, der „Einwerbung von Drittmitteln“ widmen wolle. Die zuständige Abteilung „Development“ ressortiert direkt bei ihr.

In der Bilanz spielen diverse Fundraising-Aktionen (teils in Zusammenarbeit mit einer Agentur) und Sponsoring (im Kleinen etwa Patenschaften für Kunstwerke) durchaus eine Rolle. Den Geschäftsberichten der vergangenen Jahre zufolge stiegen die Erlöse von 2013 bis 2019 von 1,1 auf 1,9 Millionen Euro. 2020 beliefen sich diese Einnahmen trotz des schwierigen Geschäftsjahrs auf rund eine Million Euro. Der jüngste Coup: Ronald S. Lauder, der dem KHM über die „International Friends of the Kunsthistorisches Museum

Vienna“ mit Sitz in New York eng verbunden ist, hat sich zu einer größeren Spende entschlossen. Der Betrag sei vertraulich, erklärt Haag. Nur so viel: eine sechsstellige Summe über einen Zeitraum von drei Jahren, die der Sammlung der Hofjagd- und Rüstkammer zugutekommt. Dementsprechend trägt Sammlungsleiter Stefan Krause jetzt die Zusatzbezeichnung „Ronald S. Lauder Direktor“.

Waffensammler Lauder

Was hierzulande kaum einer weiß: Lauder sammelt privat seit vielen Jahren Waffen und Rüstungen aus dem Mittelalter und der Renaissance. Im Dezember 2020 wurde bekannt, dass er dem Metropolitan Museum of Art 91 Objekte aus seiner Kollektion schenken wird. Offiziell handelt es sich dabei um die bedeutendste Schenkung in diesem Fachgebiet seit 1942. Die Räume der Met-Schausammlung werden künftig nach dem Philanthropen benannt. Im angelsächsischen Raum sei derlei gang und gäbe, „ich hoffe Nachahmer zu finden“, erläutert Sabine Haag. Für Großsponsoren sei es attraktiv, ihren Namen mit Sammlungsbereichen prominent verbinden zu können.

Dazu gehört seit vier Jahren auch der Glücksspielkonzern Novomatic, der das Weltmuseum bis inklusive 2021 unterstützt – dem STANDARD vorliegenden Informationen zufolge mit jährlich 20.000 Euro. Als dieser Museumsstandort nach dreijähriger Umbauzeit 2017 neu eröffnet wurde, gab es mit 23.000 Euro sogar etwas mehr.

„Der Standard“, 18.03.2021

Kickl über Anfang und Ende von Türkis-Blau

Der FPÖ-Klubchef war Generalsekretär, als sein Parteichef auf Ibiza in die Videofalle tappte. Im U-Ausschuss sprach er über Spenden, Regierungsverhandlungen und Compliance-Regeln für ORF-Journalisten.

Renate Graber, Aloysius Widmann



Herbert Kickl war FPÖ-Generalsekretär, als Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache auf Ibiza in die Videofalle tappte. Für Parteifinzen sei er aber nicht zuständig gewesen, sagte er am Mittwoch.

ckiert, sagte Kickl, die Bilder seien erdrückend gewesen. Hätte er gewusst, was da kommt, hätte er vom Regieren abgeraten.

Als Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache nach der Veröffentlichung zurückgetreten war, habe die ÖVP plötzlich gefordert, dass er als Innenminister gehen müsse, erinnerte sich Kickl. Man habe ihm das Sozialministerium angeboten, er sei aber kein „Wanderpokal“ und habe sich zum Rücktritt bereiterklärt.

Harmonisch sei es in der Regierung bereits Anfang 2019 nicht mehr zugegangen. Ob Asyl, Mindestsicherung oder Karfreitag: Die ÖVP habe blaue Anliegen oft abgewürgt, Kickl habe sich selbst dabei als „Problembar“ der Koalition empfunden.

Von Spenden an seine Partei über Vereine und am Rechnungshof vorbei wusste Kickl in seiner Befragung nichts. So sei er zwar in die Gründung von „Austria in Motion“ zu Beginn eingebunden gewesen. Dabei habe es sich aber lediglich um einen „bürgerlichen Thinktank“ gehandelt. „Ich habe erst im Nachhinein in der Berichterstattung erfahren, dass der Verein Spenden entgegengenommen hat“, sagte Kickl.

Ein FPÖ-Generalsekretär – der Kickl zur Zeit der Aufnahme des Ibiza-Videos war – habe nicht mit dem finanziellen Gebaren der Partei zu tun, Spendenlisten der FPÖ seien ohnehin einsehbar. Er glaube, dass die Spenden 2017 null Euro betragen, sagte Kickl. Mit der Aussage seines damaligen Parteichefs Strache im Video, dass der Glücksspielkonzern Novomatic „alle“ zahle, könne er bis heute nichts anfangen.

Spendenkonstruktionen am Rechnungshof vorbei – auch davon spricht Strache im Ibiza-Video – seien ihm aber sehr wohl bekannt. „Spenden-Schreddern“ nannte die Auskunftsperson die Stückelung von Spenden und erwähnte ÖVP-Spenderin Heidi Goëss-Horten. Sie hatte der ÖVP rund 930.000 Euro gespendet, in Tranchen von jeweils unter 50.000 Euro – das war damals die Meldeschwelle.

Wer sonst noch kam

Als Erster geladen war am Mittwoch Hans Niessl, ehemaliger roter Landeshauptmann im Burgenland. Befragt wurde er zu Berührungspunkten mit der Novomatic, genauer: zu einem geplanten Kasino-Standort in Parndorf. Der Glücksspielkonzern sei nie in der Angelegenheit an ihn herangetreten, auch nicht bezüglich der kleinen Glücksspielnovelle im Burgenland.

Zuletzt war SPÖ-Mann David R. geladen – er hatte vor der Veröffentlichung des Ibiza-Videos auf Neuwahlen gewettet. Er kam am Mittwoch nicht mehr dran.

ÖVP-Tage im Ibiza-U-Ausschuss erkennt man an der meist SPÖ-lastigen Ladungsliste. Und weil die Geladenen oft wenig mit der türkis-blauen Regierung zu tun hatten, um deren mutmaßliche Käuflichkeit es im U-Ausschuss geht, dauern die Befragungen oft nicht lang. Der ÖVP-Tag am Mittwoch war anders.

Geladen war neben zwei SPÖ-Leuten auch FPÖ-Klubchef Herbert Kickl, er war Innenminister unter Türkis-Blau und bis 2018 Generalsekretär der Blauen. Die Parlamentarier interessiert besonders, ob er in letztgenannter Funktion Wahrnehmungen zu mutmaßlichen verdeckten Parteienfinanzierungen habe.

Zu Beginn der ausführlichen Befragung gab Kickls Parteikollege Christian Hafenecker der Auskunftsperson die Möglichkeit, sich über die türkis-blauen Koalitionsverhandlungen auszubreiten – was Kickl bereitwillig annahm.

Die Türkisern seien sehr unternehmerfreundlich aufgetreten und hätten sich für den Zwölf-Stunden-Tag starkgemacht. Die Blauen hätten auf die Interessen der Arbeitnehmer geschaut. Zum Schluss sei es dann erst um Ressortaufteilung gegangen. Das Gesundheitsressort etwa sei den Freiheitlichen gar nicht wichtig gewesen, das Innenressort schon. Man habe nicht damit gerechnet, das zu bekommen, dass es geschah, sei ein „schöner Verhandlungserfolg“ gewesen.

Fast gescheitert

Jedoch seien die Verhandlungen fast gescheitert, weil die ÖVP ein Papier vorgelegt habe, das dem Innenminister die Personalhoheit in seinem Ressort entzogen hätte. Als Kompromiss sei Karoline Edtstadler „schwarze Aufpasserin“ im Innenressort geworden.

Der öffentliche Rundfunk (ORF) sei in einem Anhang zum Regierungsprogramm besprochen worden. Solche „Sideletters“ habe es gegeben, um Themen für spätere Verhandlungen festzuhalten. Einen Anhang habe es auch zum gemeinsamen Regierungssprecher gegeben, der dem Kanzler sehr wichtig gewesen sei.

Beim ORF sei es beispielsweise um eine Abschaffung der Rundfunkgebühren (Gis) gegangen, die der FPÖ wichtig war. Auch sei eine große Enquete zur Zukunft des ORF geplant gewesen. Es sei weiters um Compliance-Regeln für ORF-Redakteure gegangen. Die ÖVP habe das Thema ORF aber auf die lange Bank schieben wollen.

Dass viele Regierungspläne nie zur Umsetzung kamen, lag freilich auch am frühen Ende von Türkis-Blau. Das Ibiza-Video habe ihn scho-

Foto: APA/Föhninger

„Die Presse“, 18.03.2021

Ibiza-Video: Kickl hätte von Regierungseintritt abgeraten

Untersuchungsausschuss. Für Herbert Kickl, heute Klubobmann der FPÖ, damals Innenminister, war das Ibiza-Video "ein Schock". Spenden von Novomatic an die FPÖ bzw. an parteinahe Vereine schloss er aus.

Wien. FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl hat am Mittwoch im U-Ausschuss seine Eindrücke zum Ibiza-Video noch einmal Revue passieren lassen: "Es war ein Schock, weil die Bilder einfach erdrückend sind." Auch ihm sei das Video vor dessen Veröffentlichung nicht bekannt gewesen, sagte Kickl, damals Innenminister. Knapp zuvor habe es lediglich Anfragen von Journalisten zu einem Ibiza-Aufenthalt gegeben. Hätte er von dem Video gewusst, "hätte ich vor einem Eintritt in die Regierung abgeraten".

Mit der Aussage des damaligen FPÖ-Chefs, Heinz-Christian Strache, dass der Glücksspielkonzern Novomatic "alle" zahle, kann Kickl bis heute nichts anfangen. Müsste er mutmaßen, würde er sagen, dass es sich um "alle anderen" handle, die FPÖ habe keine Spende der Novomatic erhalten. Dies habe auch eine Überprüfung unter Strache-Nachfolger Norbert Hofer gezeigt. Auch von Spenden an die Partei über Vereine und am Rechnungshof vorbei weiß Kickl laut eigenen Angaben nichts. So sei er zwar in die Gründung von Austria in Motion eingebunden gewesen. Es habe sich aber lediglich um einen "bürgerlichen Thinktank" gehandelt. Erst "im Nachhinein" habe er erfahren, das der Verein Spenden entgegengenommen habe.

Für Staunen bei den Abgeordneten sorgte Kickl mit der Schilderung eines

Vorfalles in Tirol während seiner Zeit als Innenminister. Bei der Exekutiv-Skimeisterschaft, die er damals besucht hatte, war er in Galtür in einem Hotel untergebracht. An der Tür im Zimmer vis-a-vis sei ihm eine kleine Knopfkamera aufgefallen. Wie sich herausstellte, war diese vom Tiroler Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) installiert worden. Nach seiner Rückkehr habe er den damaligen Generalsekretär im Innenministerium, Peter Goldgruber, beauftragt, das zu hinterfragen. Die Antwort aus Tirol sei gewesen, dass das üblich sei, das Video aber ohnedies unmittelbar danach gelöscht werde.

Grünen-Fraktionsführerin Nina Tomaselli befragte Kickl dann zu einem "ORF-Sideletter", der in diversen Chatverläufen zwischen der türkisblauen Führung Thema gewesen sei. Sideletter sei ein "vorbelastetes Wort", so Kickl. Es habe sich vielmehr um einen Anhang zu den Regierungsverhandlungen gehandelt. Darin hätten Dinge Niederschlag gefunden "die uns wichtig waren, aber keinen Eingang in das Regierungsprogramm fanden, etwa die ORF-Gebührenfrage". Die Abschaffung der Gebühren wäre für die FPÖ ein schöner Erfolg gewesen, daher habe es auch keinen Grund gegeben, das nicht in das Regierungsprogramm zu schreiben. Für die ÖVP sei das Thema unangenehmer gewesen.

Sein Parteikollege, der freiheitliche Fraktionsführer im U-Ausschuss, Christian Hafenecker, gab Kickl die Gelegenheit, die Zusammenarbeit mit der ÖVP aufzuarbeiten. Der ÖVP, be-

richtete Kickl, sei damals ein "schnelles Ende" wichtig gewesen. Und sie habe versucht, in einigen Bereichen besonderes unternehmerfreundlich zu sein, wie etwa mit dem Zwölf-Stunden-Tag. In der Schlussphase habe es dann einen "Frontalangriff der ÖVP" gegeben, sagte Kickl. Er sollte Personalentscheidungen in seinem Ressort ab der mittleren Führungsebene nur mehr mit dem Segen des Koalitionspartners durchführen. Offenbar sei Kurz das im Innenressort besonders wichtig gewesen. Weil man das nicht wollte, habe man von FPÖ-Seite sogar mit dem Platzen der Verhandlungen gedroht.

Think Austria: VfGH wird eingeschaltet

Die Oppositionsparteien gaben am Mittwoch bekannt, dass sie sich ein weiteres Mal an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) wenden werden. Grund: Sie verlangen die Übermittlung aller Akten und Unterlagen, welche die im Bundeskanzleramt eingerichtete Strategiestabsstelle Think Austria betreffen. Am Dienstag hatte die Leiterin des Kanzler-Thinktanks, Antonella Mei-Pochtler, als Auskunftsperson ausgesagt und bestritten, dass über die Einrichtung Spenden lukriert worden sein sollen.

FPÖ-Fraktionsführer Hafenecker vermutet, dass im Kanzleramt Daten zurückgehalten wurden, weswegen sich seine Partei, SPÖ und Neos entschlossen hätten, das Höchstgericht einzuschalten. (APA/red.)

„www.kurier.at“, 18.03.2021

Glücksspielreform: Richter sollen Konzessionen vergeben

Unabhängige Aufsichtsbehörde, Spielerschutz, Kampf gegen illegales Online-Gaming. Trotzdem kann Polit-Einfluss nicht verhindert werden.

von Andrea Hodoschek

Die im Regierungsprogramm festgeschriebene Glücksspielreform wird konkret. Bei den Vorschlägen, die im Finanzministerium unter Einbeziehung internationaler Experten ausgearbeitet wurden, ist eine grüne Handschrift unverkennbar, vor allem in Sachen Spielerschutz. ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel präsentierte nun die Schwerpunkte.

Die traditionelle Mehrfachrolle des Finanzministers war zuletzt in Zusammenhang mit den Casinos-Ermittlungen von der Opposition (zu Recht) heftig kritisiert worden. Das neue Glücksspielgesetz soll noch im Frühjahr in Begutachtung gehen, soll im Herbst durchs Parlament und mit Jahresbeginn 2022 in Kraft treten.

Richtersenat

Die Vergabe von Konzessionen, bisher Aufgabe des Finanzministeriums (BMF), obliegt künftig einem dreiköpfigen, verfassungsrechtlich weisungsfreien Richtersenat. "Die Bestellung der Richter erfolgt durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag des OGH-Präsidenten. Damit erfüllen wir höchste Standards", erklärt Blümel dazu.

Die Richter üben diesen Job nebenberuflich aus und werden auf 6 Jahre bestellt. Der Senat hat keine eigene Infrastruktur, sondern greift auf den Apparat der neuen Aufsichtsbehörde zu.

Wobei es in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Konzessionen geben wird. Die Konzession der Casinos-Tochter Lotterien läuft ebenso wie die Lizenzen der sechs Stadtcasinos 2027 ab, die Lizenzen der sechs Landcasinos sind bis Ende 2030 befristet.

Zwei Vorstände

Diese Behörde wird mit rund zehn Mitarbeitern starten und koalitionskonform von zwei Vorständen geleitet. Diese werden nach dem Stellenbesetzungsgesetz ausgeschrieben und auf Vorschlag der Regierung vom Bundespräsidenten auf 5 Jahre bestellt. Für die Mitarbeiter der Behörde sollen strenge Compliance- und Unvereinbarkeits-Regeln gelten, die auch nahe Angehörige umfassen, und eine einjährige Cool-off-Periode vor und nach dem Job bei der Behörde.

Die neue Aufsicht ist operativ für das Glücksspiel und den Spielerschutz zuständig. Sie wird beispielsweise die Maßnahmen der Unternehmen gegen Geldwäsche und die Zutrittsregeln kontrollieren sowie den Markt und die Effektivität der Maßnahmen gegen illegales Online-Spiel überwachen.

Die fünf Aufsichtsräte werden vom Finanz- und vom Gesundheitsminister nominiert und sollen regelmäßig an das Parlament berichten.

DNS-Blocking

Die Behörde wird eine Blacklist von allen Unternehmen erstellen, die nicht in Österreich tätig sein dürfen. Das sind derzeit alle Unternehmen außer win2day, der gemeinsamen Gesellschaft von Casinos und Lotterien, die als einziger Anbieter in Österreich eine Online-Konzession hat.

Spieler, die bei illegalen Online-Anbietern zocken, sollen auf Stop-Pages umgeleitet werden. Mit welcher technischen Maßnahme illegales Spiel blockiert werden soll, wird nicht im Gesetz stehen. Sondern die IT-Provider sollen Lösungsvorschläge ausarbeiten.

Voraussichtlich wird das sogenannte DNS-Blocking (Domain Name System Blocking) zum Einsatz kommen. Dabei wird es Benutzern erschwert, bestimmte Domains oder Websites im Internet zu finden. Dieses Filtering wird bereits in zwei Drittel der EU-Staaten angewendet.

Sperrverbund

Außerdem soll ein Sperrverbund unter allen in Österreich tätigen Unternehmen installiert werden. Dort sind alle Spieler registriert, die sich entweder selbst sperren lassen oder die von den Anbietern gesperrt werden. Damit soll verhindert werden, dass auffällige Spieler von einem Anbieter zum nächsten wandern. Projekte zur Bekämpfung von Spielsucht sollen künftig gefördert werden.

Werbung, Steuern

Bei der Glücksspiel-Werbung wird es künftig, wie bereits im Ministerratsentwurf angekündigt, zu Einschränkungen kommen. Diese müsse sensibler werden, heißt es. Zudem droht eine Erhöhung der Glücksspielabgaben, die derzeit ebenfalls evaluiert werden. Der teilstaatliche Casinos-Konzern ist zwar einer der größten Steuerzahler des Landes, hatte aber vor einigen Jahren eine kräftige Steuersenkung bekommen. Mit der Begründung, dass durch die damals ausgeschriebenen drei neuen Konzessionen Wettbewerb drohe. Die zusätzlichen Konzessionen, deren Vergabe in einem Pallawatsch endete, gibt es bis heute nicht, die Steuersenkung blieb.

Sportwetten

Noch offen ist derzeit, ob Sportwetten künftig möglicherweise als Glücksspiel gelten könnten. Wetten sind derzeit als Geschicklichkeitsspiele definiert. Als Glücksspiele wären sie höher zu besteuern als derzeit. In den meisten EU-Staaten fallen Wetten unter Glücksspiel, meinen Experten. Das von den Ländern geregelte Automatenspiel, das sogenannte kleine Glücksspiel, will Blümel nicht angreifen.

Schweizer Vorbild

Die neue Struktur sei auf Empfehlung internationaler Experten "und unter anderem nach dem Vorbild der Eidgenössischen Spielbankenkommission in der Schweiz" entstanden, betont Blümel. Jean-Marie Jordan, Direktor dieser ESBK, argumentierte, eine solche Behörde sei vor Interessenskonflikten und möglichen Einflussnahmen besser geschützt. Er zeigt sich zuversichtlich vom Erfolg der österreichischen Aufsichtsbehörde, die der ESBK sehr ähnlich sei.

Polit-Einfluss

Ein Problem, auf das Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner aufmerksam gemacht hatte, kann auch die beste Aufsicht nicht verhindern - politische Einflussnahmen auf die Bestellung von Casinos-Vorständen. Genau das ist Thema des Casinos-Strafverfahrens und des U-Ausschusses. Sie hatte auch kritisiert, der KURIER berichtete, dass ein Werbeverbot bzw. Einschränkungen die Spieler verstärkt zu illegalen Anbietern treiben würden. Ein Verkauf des Drittel-Anteils der Republik am Casinos-Konzern ist derzeit kein Thema. Die Mehrheit hält die tschechische Sazka Group.

Finanzpolizei

Im Finanzministerium bleiben künftig nur noch die Ausarbeitung von Gesetzen und Höchstgerichtsverfahren, der Abgabenvollzug sowie die Kontrolle des illegalen Spiels durch die Finanzpolizei.

„Kurier“, 18.03.2021

Lesermeinung

Spielwiese rachsüchtiger Abgeordneter

Schon längst hat der sogenannte Ibiza-Untersuchungsausschuss nichts mehr mit dem eigentlichen Untersuchungsgegenstand zu tun. Nachdem die Chatprotokolle Kurz-Strache nicht den erhofften Skandal ans Tageslicht brachten, pfeift man auf Datenschutz, fordert Sozialversicherungsdaten von den Mitarbeitern der Novomatic ... Der U-Ausschuss wird zur Spielwiese rachsüchtiger Abgeordneter.

R. M. Fröschl, *per eMail*

„APA“, 18.03.2021

Glücksspielpaket soll bis zum Herbst stehen - Noch einiges offen

Utl.: Blümel: Keine Ausweitung der Onlinewerbung über win2day hinaus geplant - Kleines Glücksspiel bleibt Ländersache - Keine weitere Privatisierung der Casinos - Sportwettenanbieter warnen

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat seine weiteren Pläne zur Schaffung einer unabhängigen Glücksspielbehörde präsentiert, wobei einiges noch mit dem Koalitionspartner abgesprochen werden muss. Eine Beschlussfassung soll im Herbst erfolgen, zum 1. Jänner 2022 soll die Behörde ihren Betrieb aufnehmen. Danach sollen - dem Vergaberecht entsprechend - die beiden Vorstände für die Glücksspielbehörde ausgeschrieben werden. Ihre Dienstzeit soll fünf Jahre betragen.

Die Glücksspiel-Konzessionsvergabe werde künftig von einem Richter-Senat durchgeführt. Die Bestellung der Richter soll durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag der OGH-Präsidentin erfolgen. Die Richter sollen nebenberuflich tätig sein und für sechs Jahre bestellt werden. Die Aufsichtsbehörde soll von einem fünfköpfigen Aufsichtsrat kontrolliert werden, ein Mitglied sowie den Vorstand und seinen Stellvertreter entsendet das Finanzministerium, zwei das Gesundheitsministerium.

Eine Änderung daran, dass nur der Casinos-Austria-Konzern mit dessen Seite win2day Onlinewerbung betreiben darf, plant das Finanzministerium nicht - wodurch der Monopolmarkt in diesem Bereich bleibt. Weitere Konzessionsvergaben sollen nicht auf dem Programm stehen, die jetzigen laufen 2027 aus. Das kleine Glücksspiel, wo erlaubt, soll Länderkompetenz bleiben. Bleiben soll auch der derzeitige Staatsanteil von einem Drittel an den Casinos Austria, Privatisierungen sind nicht geplant, so Blümel Mittwochabend vor Journalisten.

Bei den Einschränkungen der Glücksspielwerbung sei, wie in anderen Punkten auch, die Abstimmung mit dem Koalitionspartner noch nötig. Geklärt ist hingegen die Frage der Sportwetten - hier sind keine Änderungen geplant, die Angelegenheit bleibe Ländersache, hieß es heute aus dem Finanzministerium zur APA.

Blümel, der im Zuge der Novomatic-Affäre und einer Hausdurchsuchung bei ihm unter Druck geraten war, betonte vor Journalisten, dass sich die Türkis-Grüne Bundesregierung schon im Regierungsprogramm dazu bekannt hatte, "das Glücksspiel in Österreich auf neue Beine zu stellen". Unterstützung erhielt er von Tilman Becker von der Forschungsstelle Glücksspiel der Universität Hohenheim (Deutschland): "Auch Deutschland befindet sich derzeit in den Vorbereitungen für den Aufbau einer neuen Glücksspielaufsichtsbehörde. Mit dem vorliegenden Konzept schafft Österreich eine Behördenstruktur auf der Höhe der Zeit."

Die Glücksspiel- und Sportwetten-Branche nahm heute zu den Aussagen von Blümel Stellung und begrüßte "grundsätzlich" die Diskussion über eine Glücksspielreform "als längst überfälligen Schritt, um die Rechtslage in Österreich zu modernisieren". Der Fokus müsse jedoch auf der Einführung eines zeitgemäßen Lizenzsystems liegen "und nicht auf Sanktionsmechanismen wie dem geplanten DNS-Blocking". "Ohne geeignetes und europarechtskonformes Regulierungsmodell bedeuten solche Sanktionen für Anbieter mit europäischer aber aktuell ohne österreichischer Lizenz das Aus. Hiervon betroffen wären bekannte, in der EU lizenzierte Anbieter wie bet-at-home oder Interwetten", so die Branchenvertreter in einer Aussendung.

„APA“, 18.03.2021

Glücksspiel- und Sportwetten-Branche fordert offenen Dialog über geplante Reform

Wien (OTS) - Die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG) kritisiert mangelnde Transparenz und Information von Seiten der Politik. Sie fordert einen offenen Diskurs über die angekündigte Glücksspielreform. Mehr als 100 Mio. Euro an Sportsponsoring und Marketinginvestitionen, rund 123 Mio. Euro an Glücksspielabgaben (2019) und weit über 1000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Die Glücksspiel- und Sportwetten-Branche begrüßt zwar grundsätzlich die am 24. Februar im Ministerrat angestoßene Diskussion über eine Glücksspielreform als längst überfälligen Schritt, um die Rechtslage in Österreich zu modernisieren. Der Fokus müsse jedoch auf der Einführung eines zeitgemäßen Lizenzsystems liegen und nicht auf Sanktionsmechanismen wie dem geplanten DNS-Blocking (Netzsperrern). Ohne geeignetes und europarechtskonformes Regulierungsmodell bedeuten solche Sanktionen für Anbieter mit europäischer aber aktuell ohne österreichischer Lizenz das Aus. Hiervon betroffen wären bekannte, in der EU lizenzierte Anbieter wie bet-at-home oder Interwetten sowie deren MitarbeiterInnen und Partner in diversen Sportverbänden und Sportvereinen in den Bereichen Fußball, Skisport, Basketball, Eishockey und anderen, die auf die Sportsponsorings in Millionenhöhe der betroffenen Unternehmen angewiesen sind. Darüber hinaus hätten Netzsperrern auch fatale Auswirkungen auf den Spielerschutz. Internationale Beispiele zeigen, dass sich Spieler gegen Monopole und für Angebotsvielfalt aussprechen. Wenn es diese Angebote nicht im legalen, regulierten Markt gibt, weichen sie auf illegale, nicht kontrollierte Anbieter aus. Als

Interessenvertretung der in der EU-lizenzierten Glücksspiel- und Sportwettenanbieter, die in Österreich Steuern zahlen, hat die OVWG seit der Ankündigung im Ministerrat mehrmals vergeblich versucht, mit den zuständigen Ministerien Kontakt aufzunehmen.

OVWG-Präsident *Mag. Claus Retschitzegger* bedauert den fehlenden Dialog: „Es ist für uns als betroffene Unternehmen, Steuerzahler und Arbeitgeber in Österreich völlig unverständlich, dass wir in die aktuellen Gespräche über die Neuordnung des Glücksspiels nicht eingebunden werden und davon lediglich aus den Medien erfahren. Wir sprechen hier von geplanten Änderungen, die unsere Mitgliedsunternehmen in ihrer Substanz erschüttern würden. Es wären nicht nur etliche Arbeitsplätze gefährdet, sondern auch der Spitzen- und Breitensport massiv betroffen. Jährliche Investitionen in der Höhe von rund 100 Mio. Euro würden ohne ein Online Casino-Angebot nicht mehr möglich sein und damit zahlreiche Ligen, Vereine und Veranstaltungen in einem Finanzierungsdilemma!“

Dr. Raffaella Zillner, Generalsekretärin der OVG, spricht sich ebenfalls für einen offenen Dialog aus: „Dass die Regierung aktuell nicht mit uns spricht, ist für uns nicht nachvollziehbar und wir rufen zu einem Dialog mit dem Ziel einer transparenten und nachhaltigen Regulierung auf. Unternehmen, die sich nie etwas zuschulden haben kommen lassen, dürfen nicht für das Fehlverhalten von Novomatic und die Vorfälle rund um die CASAG bestraft werden. Wenn Netzsperrern ohne eine zeitgemäße Regulierung kommen, wird 'das Pferd von hinten aufgezügelt' und letztlich werden nicht nur seriöse Unternehmen, die in Österreich Steuern und Abgaben – alleine rund 123 Mio. Euro an Glückspielabgabe im Jahr 2019 – bezahlen und mehr als 1000 Menschen Arbeit geben, sondern auch ihre MitarbeiterInnen, der österreichische Breiten- und Spitzensport sowie die österreichischen Medien die Rechnung dafür bezahlen. Unsere Mitglieder sind in zahlreichen anderen EU-Mitgliedsstaaten lizenziert. Diese Erfahrungen und Kenntnisse möchten wir konstruktiv in den Reformprozess einbringen.“

Über die OVG

Die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVG) ist die inländische Interessenvertretung von online tätigen Glücksspiel- und Sportwettanbietern. Die Vereinigung versteht sich als Schnittstelle zwischen Politik, Behörden und Unternehmen und ist bestrebt, den Dialog zwischen den Parteien zu verbessern und ein Bewusstsein für die Branche zu schaffen. Aus regulatorischer Sicht strebt die OVG eine moderne, unionsrechts- und marktkonforme Regulierung des Online-Glücksspiel- und Wettbereichs in Österreich an. In diesem neuen Rechtsrahmen sollen Lizenzen nicht mengenmäßig begrenzt, sondern an die Einhaltung hoher Spielerschutzstandards geknüpft sein. Vorbildländer - wie zB Dänemark - zeigen, wie eine solche Regulierung erfolgreich gelingen kann.

Rückfragehinweis:

Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVG)

Dr. Raffaella Zillner, LL.M., Generalsekretärin

Seilerstätte 24/4, 1010 Wien, Österreich

T: +43 1 890 53 77

E: raffaella.zillner@ovwg.at, www.ovwg.at

„Kurier“, 17.03.2021

Datenschutzbehörde lässt U-Ausschuss abblitzen

Novomatic. Offenlegung der Mitarbeiter-Daten ist grundrechtswidrig

Das Ansinnen sorgte bei Datenschützern und Verfassungsjuristen für Empörung. Der U-Ausschuss hatte am vergangenen Mittwoch von der Österreichischen Gesundheitskasse verlangt, die Sozialversicherungsdaten von allen 3.000 inländischen Novomatic-Mitarbeitern herauszugeben. Binnen einer Woche. Der Antrag wurde von SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer und Neos-Kollegin Stephanie Krisper initiiert. Angefordert wurden Namen, Geburtsdaten und Wohnadressen, um die Daten mit den Spenderlisten an die ÖVP und an der Partei nahe stehende Vereine abzugleichen.

Novomatic legte dagegen am Freitag Beschwerde bei der Datenschutzbehörde ein. Diese reagierte schnell. Schon am Dienstag erhielt die ÖGK den Bescheid, dass eine Offenlegung der Daten nicht zulässig sei. Die Übermittlung wurde mit sofortiger Wirkung untersagt. Der Bescheid liegt dem KURIER vor.

„Grundrechtseingriff“

Die Behörde argumentiert, dass von dem Verlangen des U-Ausschusses mehrere tausend Personen betroffen seien. Im Bescheid heißt es: „Bei dieser hohen Anzahl an Beschäftigten und aufgrund der Größe des Novomatic-Konzerns ist davon auszugehen, dass (jedenfalls) der Großteil der Betroffenen nicht einmal abstrakt den Begriff 'VertreterInnen der Republik' oder 'VertreterInnen der Glücksspielbranche' erfüllt, sondern es sich vielmehr um allgemeines Personal (wie beispielsweise Kfz-Personal, IT-Personal, Sekretariatskräfte, Reinigungskräfte u.ä.) handelt, welches auf Grund des hier relevanten Verlangens einen jeden-



APA/ROBERT JAEGER

Die Behörde reagierte schnell, Novomatic ist erleichtert, peinlich für den U-Ausschuss



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

falls ungerechtfertigten Grundrechtseingriff erdulden müsste.“

„Hochsensible Daten“

Die Behörde argumentiert darüber hinaus, dass ein „derart undifferenziertes Verlangen“ zur Offenlegung

von Daten mehrerer tausend betroffener Personen dem Zweck nicht angemessen sei.

Die ÖGK erklärt dazu: „Die Daten unserer Versicherten sind hochsensibel und müssen geschützt werden. Das hat uns die Datenschutzbehörde bestätigt.“

Novomatic hatte immer dementiert, selbst oder über Mitarbeiter gespendet zu haben und begrüßt das „entschlossene Handeln der Datenschutzbehörde, die damit einen wesentlichen Beitrag zum Schutz von tausenden Novomatic-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet hat“. Die Untersagung bestätige, dass das Verlangen der Abgeordneten „klar

rechtswidrig war“. Wolfgang Gerstl, VP-Fraktionsführer im U-Ausschuss, bezeichnet die Entscheidung als „wichtiges Signal und zugleich Warnung: Bis da her und nicht weiter“.

Der Antrag war bei SPÖ und Neos intern durchaus umstritten. Vor allem wirtschaftsnahe Kreise waren nicht sehr glücklich darüber. Beide Parteien heften den Datenschutz auf ihre Fahnen und die Neos wollen sich außerdem als wirtschaftsnahe profilieren. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, warum Krisper bereits begonnen hatte, zurückzurudern und von einem Fehler sprach.

andrea.hodoschek@kurier.at

Parlament. SPÖ und Neos wollten die Daten von 3000 Novomatic-Mitarbeitern, um sie mit ÖVP-Spendenlisten abzugleichen. Die Datenschutzbehörde ortet ungerechtfertigte Grundrechtseingriffe. Die SPÖ hat schon eine neue Strategie.

Datenschützer geben U-Ausschuss einen Korb

VON ANNA THALHAMMER

Wien. SPÖ und Neos sind sich sicher: Von Novomatic ist versteckt Geld an die ÖVP geflossen. Wie, das ist dem U-Ausschuss aber noch nicht ganz klar. Jedenfalls verlangten die beiden Parteien zuletzt von der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) die Sozialversicherungsdaten und Adressen von 3000 Novomatic-Mitarbeitern, um sie mit Spenderlisten abzugleichen. Die Datenschutzbehörde untersagte nun die Lieferung.

Schon im Vorfeld hatte es Kritik von namhaften Verfassungsjuristen gegeben, die das Verlangen als ungerechtfertigt erachteten. Der Persönlichkeitsschutz ist ein von der Verfassung geschütztes Grundrecht, in das der U-Ausschuss zum Zweck der parlamentarischen Kontrolle dank aktueller Judikatur des Verfassungsgerichtshofs prinzipiell recht weit eingreifen kann. Der Daten-

schutzbehörde ging das Verlangen nun aber doch zu weit: „Bei dieser hohen Anzahl und aufgrund der Größe des Novomatic-Konzerns ist davon auszugehen, dass (jedenfalls) der Großteil der betroffenen Personen nicht einmal abstrakt den Begriff ‚VertreterInnen der Republik‘ oder ‚VertreterInnen der Glücksspielbranche‘ erfüllen, sondern es sich vielmehr um allgemeines Personal (wie beispielsweise KFZ-Personal, IT-Personal, Sekretariatskräfte, Reinigungskräfte u. Ä.) handelt, welches aufgrund des hier relevanten Verlangens einen jedenfalls ungerechtfertigten Grundrechtseingriff erdulden müsste“, schreibt die Datenschutzbehörde zu dem Verlangen.

Und auch die Begründung, warum diese Daten für die parlamentarische Arbeit benötigt werden, sind der Datenschutzbehörde zu dünn: „Ein derart undifferenziertes Verlangen“ erfülle die gesetzlichen Erfordernisse für eine Vorlage nicht. Die ÖGK zeigte

sich gegenüber der „Presse“ erleichtert. „Die Daten unserer Versicherten sind hochsensibel und müssen geschützt werden. Das hat uns die Datenschutzbehörde bestätigt“, heißt es seitens der Pressestelle.

Neue Strategie

Die Neos hatten kurz nach Einbringen des Antrags wohl selbst eingesehen, dass dieser überschießend war. Die Abgeordnete Stephanie Krisper hat öffentlich von einem Fehler gesprochen und angekündigt, das Verlangen zurückziehen zu wollen – dazu kam es nicht, die Datenschutzbehörde war schneller. Die Parlamentsparteien werden jedenfalls keinen weiteren Vorstoß unternehmen, um an die Mitarbeiterdaten zu kommen



Neos-Abgeordnete Krisper gestand einen Fehler ein. [APA]

und ändern ihre Strategie. Die SPÖ arbeitet an einem neuen Verlangen: Die ÖGK soll verpflichtet werden, die Spenderlisten der ÖVP selbst abzugleichen, etwaige Novomatic-Mitarbeiter herauszufiltern und Anzahl und Summen an den Ausschuss zu liefern. Somit könnten die Mitarbeiter weiterhin anonym bleiben. Für die ÖGK würde dieses Verlangen einen erheblichen Mehraufwand bedeuten, weil sie Tausende Namen überprüfen müsste.

Prinzipiell ist es freilich auch Novomatic-Mitarbeitern nicht verboten, an eine Partei zu spenden oder gar Parteimitglied zu sein – derartiges politisches Engagement steht jedem Bürger frei.

Die Causa Gauselmann

SPÖ und Neos vermuten dahinter aber ein System – und haben vergleichbare Fälle in anderen Ländern gesucht und gefunden. Die Causa Gauselmann ist dabei besonders herausgestochen. Paul Gauselmann ist ein deutscher Glücksspielautomatenhersteller und Lobbyist. Er soll über einen Mittelmann rund 2,5 Millionen Euro in ein Tochterunternehmen der FDP investiert haben. Ein Teil des Geldes soll letztlich an die Partei geflossen sein.

Gauselmann soll Führungskräfte in seinem Unternehmen regelmäßig aufgefordert haben, ausgewählte Abgeordnete finanziell zu unterstützen. In Begleitschreiben soll Gauselmann dann aber doch klargemacht haben, wem die Abgeordneten die Spenden eigentlich zu verdanken haben.

Die SPÖ ortet auch in Novomatic-interne E-Mail-Verkehr Andeutungen, dass man ein derartiges verstecktes Spendensystem bei der Novomatic etablieren möchte.

Novomatic selbst bestreitet das vehement und hat gegenüber der „Presse“ ausgeschlossen, dass Spenden vom Konzern über Mitarbeiter an Parteien geflossen sein könnten.

Am Dienstag zeigte sich der Konzern ob der Entscheidung der Datenschutzbehörde erleichtert – Novomatic hatte diese auch selbst eingeschaltet. „Dem Begehren des Ibiza-Untersuchungsausschusses auf Herausgabe der Daten der Novomatic-Mitarbeiter darf somit aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht entsprochen werden. Damit wurde bestätigt, dass dieses Verlangen klar rechtswidrig war“, heißt es seitens des Glücksspielkonzerns. Und: „Wir werden auch künftig alles für den Schutz unserer Mitarbeiter tun.“

„Österreich“, 17.03.2021

Datenschutzbehörde stellt sich quer

Keine Novomatic-Daten für den Ibiza-U-Ausschuss

Novomatic-Sozialversicherungsdaten werden nicht an SPÖ und Neos geliefert.

Wien. Im Zuge des Ibiza-U-Ausschusses stellten SPÖ und Neos einen Antrag auf die Lieferung von Sozialversicherungsdaten der Mitarbeiter des Glücksspielkonzerns Novomatic.

Behörde legt sich quer. Der Konzern selbst wandte sich an die Datenschutzbehörde, die schnell mit einem negativen Bescheid reagierte. Damit steht fest: Die Daten der 3.000 inlän-



Krisper & Krainer abgeblitzt.

dischen Mitarbeiter müssen nicht an die Opposition weitergegeben werden.

Rasches Handeln. „Wir begrüßen das rasche Handeln der Datenschutzbehörde“, erklärt Novomatic in einem Statement dazu.

„Automaten Markt online“, 17.03.2021

Erneut digitale Löwen-Hausmesse



Mit Start am 13. April veranstaltet Löwen Entertainment eine weitere digitale Hausmesse. „Bitte tragen Sie sich diesen Termin schon heute in Ihrem Kalender ein“, wirbt das Binger Unternehmen. „Alles, was Sie für Ihren Besuch benötigen, ist lediglich ein PC, Laptop, Smartphone oder Tablet. Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind – ab 13. April unter www.loewen.de/hausmesse.“

Bei der Digitalen Hausmesse präsentieren die Löwen ihre Lösungen für die bundesweite,

spielformübergreifende Sperrdatei, die mit Inkrafttreten des neuen Glücksspielstaatsvertrags starten soll, voraussichtlich also am 1. Juli. Außerdem erläutert das Unternehmen alle Details zu seinem partnerschaftlichen Angebot „Fair Pay“ für Gastronomieaufsteller sowie zur unserer Produktneuheit Impera Line HD Edition 8.

Wie schon bei den vergangenen digitalen Hausmessen der Löwen werden die Präsentationen aufgezeichnet sein, so dass jeder Interessierte während der Hausmesse auch im Live-Chat mit den Produktmanagern in Kontakt treten kann. Sie beantworten gerne alle eventuell aufkommenden Fragen.

„www.kurier.at“, 16.03.2021



Novomatic: Datenschutzbehörde untersagt Herausgabe der Mitarbeiter-Daten

U-Ausschuss abgeblitzt: Die Datenschutzbehörde verbietet der Gesundheitskasse per Bescheid, die Daten von 3000 Novomatic-Mitarbeitern herauszugeben.

Der Fall hatte unter Datenschützern und Juristen für Empörung gesorgt. Der U-Ausschuss verlangte von der Österreichischen Gesundheitskasse, die Sozialversicherungsdaten von allen 3000 inländischen Novomatic-Mitarbeitern herauszugeben. Der Antrag wurde von der SPÖ und den Neos initiiert.

Am Freitag ging Novomatic vor die Datenschutzbehörde, diese reagierte schnell. Heute, Dienstag, erhielt die ÖGK bereits den Bescheid, dass eine Offenlegung der Daten nicht zulässig sei. Die Behörde untersagt die Übermittlung der Daten mit sofortiger Wirkung. Der Bescheid liegt dem KURIER vor.

"Ungerechtfertigter Grundrechtseingriff"

Die Behörde argumentiert, dass von dem Verlangen des U-Ausschusses mehrere tausend Personen betroffen seien. Im Bescheid heißt es: "Bei dieser hohen Anzahl an Beschäftigten und auf Grund der Größe des Novomatic-Konzerns ist davon auszugehen, dass (jedenfalls) der Großteil der Betroffenen nicht einmal abstrakt den Begriff "VertreterInnen der Republik oder "VertreterInnen der Glücksspielbranche erfüllen, sondern es sich vielmehr um allgemeines Personal (wie beispielsweise Kfz-Personal, IT-Personal, Sekretariatskräfte, Reinigungskräfte u.ä.) handelt, welches auf Grund des hier relevanten Verlangens einen jedenfalls jedenfall ungerechtfertigten Grundrechtseingriff erdulden müsste".

Die Behörde schreibt darüber hinaus von einem "undifferenzierten Verlangen" zur Offenlegung von Daten mehrerer tausend betroffener Personen, das nicht dem Zweck angemessen sei.

ÖGK: "Hochsensible Daten"

Die ÖGK erklärt dazu: "Die Daten unserer Versicherten sind hochsensibel und müssen geschützt werden. Das hat uns die Datenschutzbehörde bestätigt".

Novomatic begrüßt das "entschlossene Handeln der Datenschutzbehörde, die damit einen wesentlichen Beitrag zum Schutz von tausenden Novomatic-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet hat". Die Untersagung der Datenübermittlung an den Ausschuss bestätige, dass das Verlangen der Abgeordneten "klar rechtswidrig war".

Wolfgang Gerstl, VP-Fraktionsführer im U-Ausschuss, bezeichnet die Entscheidung als "wichtiges Signal und zugleich Warnung: Bis da her und nicht weiter. Besonders bedauerlich sei, dass SPÖ und Neos in den vergangenen fünf Tagen trotz zahlreicher Hinweise auf die Rechtswidrigkeit den Antrag nicht zurückgezogen hatten. Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper hatte allerdings von einem Fehler gesprochen und angekündigt, mit der SPÖ über einen Rückzieher zu reden.

„Kurier“, 16.03.2021

Daten für U-Ausschuss: ÖGK berät Novomatic-Mitarbeiter

Empörung über Antrag von Neos/SPÖ

Sozialversicherung. Der Ärger in der Belegschaft über den Antrag des U-Ausschusses an die Gesundheitskasse (ÖGK) auf Herausgabe der Sozialversicherungsdaten aller 3.000 inländischen Novomatic-Mitarbeiter ist groß. Neben dem Unternehmen wollen auch etliche Mitarbeiter vor die Datenschutzbehörde gehen, um die Herausgabe ihrer Daten zu verhindern.

Wie man hört, bietet die ÖGK den Novomatic-Mit-

arbeitern nun die Möglichkeit zu Gesprächen an. Man will den Betroffenen die rechtliche Situation darlegen. Die ÖGK hat wie berichtet wegen der Sensibilität der Daten ein Schreiben an Gesundheitsminister Rudolf Anschober gerichtet, wie vorzugehen sei. Der Minister ist die oberste Aufsichtsbehörde der ÖGK. Die Neos erwägen angesichts der großen Empörung unter Datenschützern schon einen Rückzieher. **AH**

„www.profil.at“, 15.03.2021

Glücksspiel: Geheimpapier zu strengem Spielerschutz

Fachexperten im Finanzministerium machten weitreichende Vorschläge. Wird sich die Regierung daran orientieren?

Glücksspielunternehmen hatten es schon einmal leichter. Vorbei die Zeiten, in denen Finanzstaatssekretäre zur internationalen Glücksspielmesse in London flogen, Gaming-CEOs jovial mit Mitarbeitern aus dem Finanzministerium chatteten und Parteien kein Problem damit hatten, wenn führende Politiker Aufsichtsräte oder Vorstände von Glücksspielkonzernen waren.

Spätestens seit der Ibiza-Affäre will im politischen Betrieb niemand mehr bei der Glücksspielindustrie anstreifen. Und Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ist bemüht, seine in Chatnachrichten dokumentierte Nähe zum früheren Novomatic-Chef auszugleichen. Dieses Zeitfenster nutzten die grundsätzlich glücksspielskeptischen Grünen. Und verständigten sich vor eineinhalb Wochen mit dem Koalitionspartner darauf, das Glücksspielgesetz zu verschärfen und pathologische Spieler besser zu schützen. Die Gaming-Branche ist gewarnt, fürchtet Gewinneinbußen und lobbyiert im Hintergrund für ihre Interessen.

Die geplanten Spielerschutzmaßnahmen von Türkis-Grün sind bisher nur in Grundzügen bekannt. In welche Richtung die Novelle des Glücksspielgesetzes gehen könnte, zeigt ein internes Papier aus dem Finanzministerium, das profil vorliegt: Darin listete die Stabsstelle Spielerschutz bereits vor eineinhalb Jahren weitreichende Gesetzesverschärfungen auf – wird sich die Koalition daran orientieren?

In der türkis-grünen Punktation ist vom „hohen Suchtpotential des Glücksspiels“ und vom „ernstzunehmenden Gesundheitsrisiko“ die Rede. Die Regierung will deshalb eine „Einschränkung des Automatenglücksspiels durch Beschränkung von Einsätzen, Nettoverlust und -gewinn und Spieldauer“. Konkrete Zahlen zu maximalen Einsätzen und Verlusten: offen. Derzeit können Spieler an den Geräten in Automatensalons mit einem Drücker bis zu zehn Euro verspielen, dafür winken 10.000 Euro als Maximalgewinn. Ein Spiel muss laut Gesetz mindestens eine Sekunde dauern, einen gesetzlich definierten Maximalverlust gibt es nicht. Suchtexperten kritisieren seit Jahren das hohe Abhängigkeitspotenzial der rasanten Spielabfolge.

Die Koalitionspartner müssten eigentlich nur die Abteilung I/SP im Finanzministerium fragen, die Stabstelle für Spielerschutz – dort hat man sich bereits vor eineinhalb Jahren Gedanken zu Schutzmaßnahmen gemacht. Anlass dafür war ein Antrag der NEOS im Nationalrat vom September 2019. Der damalige Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) beauftragte die Spielerschutz-Stabstelle mit einer Einschätzung, was aus fachlicher Sicht von den NEOS-Forderungen zu halten ist.

In der sogenannten „HBM-Info“ (Herr Bundesminister, Anm.), die profil vorliegt, finden sich weitreichende Vorschläge: „Eine Erhöhung der Mindestspieldauer pro Spiel auf 5 Sekunden wird als sinnvoll erachtet“, schreibt die Stabstelle. Das wäre eine Verfünffachung der derzeitigen Spieldauer. Begründung der Stabsstelle: „Nach derzeitigem Forschungsstand erhöht eine schnelle Spielabfolge und ein reflexartiges Drücken der Spieltaste durch kurze Spieldauer das Gefährdungspotential von Spielen.“

Was sich ändern soll

Die Spielerschutzstelle „begrüßt“ auch eine „maximale Tagesspieldauer von höchstens 3 Stunden je Spielteilnehmer innerhalb von 24 Stunden“ in Automatensalons. In Oberösterreich gilt diese Regelung bereits, in den übrigen vier Bundesländern, die Automatenglücksspiel erlauben (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Steiermark), gibt es keine Begrenzung. In der aktuellen Punktation der Bundesregierung findet sich dazu nichts.

Die – von Türkis-Grün geplante – Senkung des Maximaleinsatzes pro Spiel auf zehn Euro lehnen die Spielerschützer im Finanzressort allerdings ab: Nach derzeitigem Forschungsstand gebe es „kaum bis keine Evidenz“ zur positiven Wirkung einer „betragsmäßigen Verringerung maximaler Einsatzmöglichkeiten pro Spiel“. Stattdessen befürwortet die Stabsstelle eine „verpflichtende Selbstlimitierung (monetär und zeitlich)“. Soll heißen: Jeder Spieler sollte bei der Registrierung verpflichtet werden, ein individuelles Verlustlimit festzulegen, das an seine finanzielle Situation angepasst ist. Ein solches „Pre-Commitment-System“ habe sich in Studien als zielführend erwiesen. Als zusätzliche Schutzmaßnahme „könnten maximale Obergrenzen für Verluste in einem definierten Zeitraum (pro Tag, pro Woche oder pro Monat) gesetzlich verankert werden“. Wie hoch diese Grenzen sein sollten, führt die Spielerschutzstelle nicht aus.

Positiv äußert sich die Stabstelle zum Einziehen einer maximalen Gewinnobergrenze beim Automatenglücksspiel. Die NEOS hatten in ihrem Antrag 2019 einen Maximalgewinn von 600 Euro pro Stunde gefordert.

Die Spielerschutzstelle geht jedenfalls weiter als die türkis-grüne Punktation: Die Experten schlagen „flächendeckendes Mystery Shopping“ der Behörden in Spielsalons vor, also Undercover-Testspiele von Beamten in Zivil, um zu kontrollieren, ob die Betreiber die Auflagen einhalten – in der Vergangenheit war das nicht immer der Fall.

Und schließlich schreibt die Stelle, es gebe „aus Spielerschutzsicht keine fachliche Argumentation, warum Glücksspielautomaten in Spielbanken weniger hohe Spielerschutzstandards haben sollten als außerhalb“. Noch gelten unterschiedliche Regeln: In den Spielbanken der Casinos Austria stehen Automaten, an denen pro Drücker um bis zu 1000 Euro gespielt werden kann. Die teilstaatlichen Casinos verdienen an sogenannten High Rollern – Spielern mit extrem hohen Einsätzen – einen beträchtlichen Teil ihres Gewinns.

Warum die ÖVP-FPÖ-Koalition damals keinen einzigen Vorschlag der Spielerschutzstelle im Finanzministerium aufgegriffen hat? Unbekannt. Interessant wird, wie weit sich Türkis-Grün an den Empfehlungen der Spielerschutzstelle orientiert.

Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper, die den Spielerschutz-Antrag 2019 im Nationalrat einbrachte, will sich genau ansehen, ob die Koalition ihre Ankündigungen umsetzt: „Die Regierung kann jetzt beweisen, dass sie nicht im Sold der Glücksspielloobby steht. Dafür muss sie das kleine Glücksspiel wieder zu einem solchen machen.“ Ihre Forderung für den Maximaleinsatz an Automaten: 30 Cent pro Spiel.

Auf einen genauen Maximaleinsatz will sich die grüne Verhandlungsführerin Nina Tomasseli noch nicht festlegen. Nur so viel: „Die Spieleinsätze müssen deutlich runter, weil wir den potenziellen Verlust verkleinern wollen.“ Auch wenn es die Spielerschutzstelle anders sieht. Einen Richtwert nennt Tomaselli dann doch: „In Deutschland gilt pro Stunde und Automat ein Maximalverlust von 144 Euro.“ Eine Kampfansage.

Fix kommen soll jedenfalls ein Sperrverbund – Glücksspielunternehmen müssten künftig die Daten ihrer Spieler, die wegen übermäßigen Zockens gesperrt wurden oder sich selbst sperren ließen, an eine Datenbank des Bundes melden. Ein Spieler, der bei einem Unternehmen gesperrt ist, könnte dann bei keinem anderen Konzessionär mehr spielen. Die Idee ist nicht neu – sie steht seit zehn Jahren im Gesetz, wurde aber nie umgesetzt. Laut profil-Infos könnte diese Sperrdatenbank bei der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) angesiedelt werden, die dem Gesundheitsministerium untersteht.